Einzelnummer 1 K.

Redaktion und Administration: Mährisch-Ostrau, Langegasse 24. Manuskripte auch mit Rückporto werden nur ohne Gewähr angenommen und aufbewahrt. Eine Verpflichtung zur Rücksendung wird nicht anerkannt. Sprechstunden der Redaktion täglich von 11 bis 12 Uhr vormittags. Eigentum des „Jüdischen Verlages" reg. Gen. m. b. H. in Mährisch-Ostrau. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Dr. Hugo Herrmann in Mähr.-Ostrau.

Freitag, 27. V. 1921.

3. Jahr.

Jüdisches Volksblatt

Nr. 39

Abonnement ...

Das „Jüdische Volksblatt" ist nicht als Lokalblatt, sondern als Landeszeitung dazu berufen, den nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der bewußten Judenschaft im ganzen tschechoslowakischen Staate und in Galizien zu dienen. — Inserate kosten 30 h für die 8fach gespaltene Millimeterzeile. Anträge für Inserate übernehmen außer der Administration alle größeren Annoncenexpeditionen. Erscheint jeden Dienstag und Freitag.

19. Ijar 5681.

Der siebzehnte Delegiertentag

der zionistischen Vereinigung für Deutschland.

Der 17. Delegiertentag der Z. V. f. D. wurde am 13. ds. in Hannover eröffnet. Von den 222 gewählten Delegierten waren bis zur Stunde der Eröffnung über 160 eingetroffen.

Die Eröffnung

Der Vorsitzende der Z. V. f. D., Herr Rosenblüth, eröffnet den Delegiertentag mit einer Ansprache, in der er zunächst der jüngsten Ereignisse in Jaffa gedenkt. (Die Versammlung erhebt sich.) Er gibt der tiefen Trauer des Delegiertentages über die Verluste wertvoller Menschenleben Ausdruck und würdigt insbesondere die Bedeutung Brenners, der bei den Vorgängen den Tod gefunden hat. Die Zionistische Organisation wird diesen Opfern ein ehrenvolles Gedenken bewahren und wird mit aller Kraft daran arbeiten, das Werk fortzusetzen, um dessenwillen sie gefallen sind. Der Wille des jüdischen Volkes, Palästina aufzubauen, ist durch keine Zwischenfälle zu erschüttern. Der Vorsitzende verweist kurz auf die wichtigen zionistischen Probleme, mit denen sich der Delegiertentag zu beschäftigen haben wird. In unserer Weltorganisation ist ein Konflikt akut geworden, der insbesondere durch die amerikanischen Vorschläge charakterisiert wird, die von Weizmann abgelehnt wurden. — Wir verfolgen mit tiefster Anteilnahme die Bemühungen des Präsidenten unserer Weltorganisation in Amerika. Auf unseren amerikanischen Gesinnungsfreunden lastet heute am stärksten die Verantwortung für Gelingen oder Mißlingen unseres Werkes. Wir begrüßen lebhaft den Beschluß der Exekut., den Kongreß für diesen Sommer einzuberufen.

Es wird die Wahl des Büros vorgenommen. Ins Präsidium werden gewählt die Herren Felix Rosenblüth als Vorsitzender, Aron Barth, Bodenheimer-Köln, Franz Epstein-Duisburg, Gronemann, Lande, ...-Hamburg, Egon Rosenberg, Schachtel-Breslau, Max Strauß, Wolff-Frankfurt.

Sodann wird folgendes Begrüßungstelegramm Weizmanns aus Ottawa (Kanada) verlesen:

Weizmanns Depesche

Ottawa, 5. Mai.

Zu meinem größten Bedauern verhindern mich die dringenden Arbeiten in Amerika, der Konferenz in Hannover vom 13. Mai beizuwohnen. Ungeachtet des Abseitsstehens der amerikanischen Organisation hat der Keren Hajessod dort einen ermutigenden Start gehabt. Die finanziellen Möglichkeiten in Amerika sind ganz unbegrenzt, verlangen aber eine organisierte Anstrengung auf bester Grundlage. Ich erwarte zuversichtlich, daß Ihre Arbeitskonferenz fruchtvoll und erfreulich verlaufen und Ihren Kongreßdelegierten Richtlinien geben wird. Wenn unbedingt nötig, vorbereitet meinen Besuch in Deutschland vor dem Kongreß.

Weizmann.

Ein Telegramm des Keren Hajessod-Direktoriums, dann folgen Begrüßungen.

Begrüßungstelegramme sind eingelaufen von den zionistischen Landesorganisationen Englands, Littauens, Jugoslawiens, Hollands, aus der Tschechoslowakei, Oesterreich, Westgalizien, Belgien, Skandinavien, Ungarn, der Schweiz, Estland, ferner von Dr. Kollenscher, Dr. Herlitz, Rabin-Breslau, Dobrzynski-Beuthen, Fuchs-Leipzig.

Richard Lichtheim referiert über die allgemeine Lage im Zionismus: Ich bin nicht gekommen, nur, um dem Delegiertentag die Grüße der Exekutive zu bringen, sondern um mich mit Ihnen rückhaltlos auszusprechen, die ernste Lage ungeschminkt darzustellen und zu sagen, was die Exekutive zu tun gedenkt! Es ist die erste Gelegenheit, die der Provisorischen Exekutive geboten wird, mit diesen Erklärungen in die Oeffentlichkeit zu treten und den verlorenen gegangenen Zusammenhang zwischen Zentrale und Landesverbänden wieder herzustellen. Unsere Organisation scheint eine Krise durchzumachen. Der Meinungskampf in Amerika erschüttert unsere Organisation, unsere Finanzlage ist schwierig, die politische Lage ist nicht ganz klar, der Aufbauplan für Palästina fehlt noch. Diese Schwierigkeiten sind nur eine Folge unseres schnellen Wachsens, wir sind durch den Erfolg in Verwirrung geraten. Es ist aber an der Zeit, daß wir uns entschließen, den großen Aufgaben ins Auge zu sehen.

Die Exekutive hat wohl den richtigen Weg gefunden, als sie sogleich nach ihrem Amtseintritt den Kongreß einberief. Der Kongreß wird am 28. August in Karlsbad sein. Beim Kongreß sollen die Fehler der Jahreskonferenz vermieden werden. Schon äußerlich soll strengste Ordnung herrschen. Kein Mandat wird anerkannt werden, wenn nicht die entsprechende Schekelzahlung vorliegt. Die Hauptprobleme müssen vor dem Kongreß in den Landsmannschaften, Föderationen und im A. C. geklärt werden. Ein klares und ausführliches Programm der Leitung muß die Debatten fruchtbar machen. Nur so kann der Kongreß gelingen. Die provisorische Leitung wird versuchen, diese Aufgaben zu erfüllen.

Die politische Lage

Die Ereignisse von Jaffa geben eine grimmige Illustration der in manchen Kreisen verbreiteten Lehre, daß wir keine Politik mehr zu treiben brauchen. Wir sind nicht am Ende, sondern am Anfang unserer Politik. England will unzweifelhaft die Balfour-Deklaration ausführen. Aber diese Ausführung stößt noch auf viele Schwierigkeiten. Wir haben Gegner in England selbst, in Frankreich, bei den Arabern, und natürlich auch im eigenen jüdischen Lager. Bisher konnten diese Gegner keinen nennenswerten Erfolg erzielen, aber wir müssen auf der Hut sein. Bisher hat die Verwaltung Palästinas uns gefördert, die Immigration unterstützt. Die Vorgänge in Jaffa zeigen nun mit welchen Schwierigkeiten England und wir zu rechnen haben. Zu unserem tiefsten Bedauern haben diese Vorgänge dazu geführt, daß die Verwaltung die Immigration vorübergehend gesperrt hat. Genauere Nachrichten haben wir darüber noch nicht, wahrscheinlich will man sich vergewissern, daß völlige Ruhe herrscht und keinerlei Gefahr droht bevor die nächsten Einwanderer ans Land steigen. Die richtige Antwort auf die Vorgänge haben unsere Gesinnungsgenossen in Warschau gegeben: sie sandten an die Exekutive ein Telegramm, daß am gleichen Tage 500 Chaluzim Warschau verlassen, um nach Palästina zu fahren. Wir haben Berichte, daß die arabische Polizei sich an den Mordtaten in Jaffa beteiligt oder sie zumindest geduldet hat. Dies lenkt wieder die Aufmerksamkeit auf den Plan der Bildung einer Miliz, die aus einem jüdischen und aus einem arabischen Bataillon bestehen soll. Ich will über diese heikle Frage hier nichts weiter sagen, möchte aber bei dieser Gelegenheit der Ideologie entgegentreten, in der ein Teil unserer Jugend in Europa lebt. Die Abneigung gegen den Militarismus verführt manche Leute zur Abneigung gegen gewisse Pläne, die seit der im Krieg erfolgten Bildung des jüdischen Regimentes bei uns erörtert werden. Diese Abneigung ist so groß, daß die Kehrseite der Medaille nicht beachtet wird, daß man sich leichtherzig über das hinwegsetzt, was geschehen wird und schon geschehen ist, wenn jene Pläne nicht Wirklichkeit werden. Wir alle wollen mit den Arabern friedlich zusammenleben. Aber der Weg dazu heißt entweder Verzicht auf unsere Ansprüche oder ihre Durchsetzung in solchem Umfange, daß wir die Araber nicht zu fürchten haben. Heute im Uebergangsstadium sind die Araber noch gegen uns, darum bedeutet Selbstverwaltung der Landesbewohner heute praktisch den Ausschluß der Juden von Palästina und Schlimmeres. Erst wenn wir unter Englands Schutz so stark werden, daß die Araber unsere Ansprüche nicht mehr bezweifeln können, erst dann kann die erstrebte Verständigung kommen. Wir vertrauen darauf, daß England, das schon mit anderen Schwierigkeiten fertig geworden ist, vor aufgehetzten Arabern nicht zurückweichen wird. Aber wir müssen wissen, daß wir noch viele Hindernisse zu überwinden haben. Das Wichtigste ist jetzt unsere wirtschaftliche Arbeit im Lande, um uns Englands Vertrauen zu erhalten, denn warum sollte England sich sonst für uns Unannehmlichkeiten aussetzen?! Je stärker wir im Lande werden, desto stärker wird unser politischer Einfluß sein.

Alle diese Schwierigkeiten, die natürlich von unseren Gegnern ausgebeutet werden, sind kein Grund zur Entmutigung, sondern nur ein Ansporn, unseren engeren Zusammenschluß und unsere Anstrengungen zu verdoppeln. Die günstigen politischen Bedingungen bestehen unverändert weiter. Das Mandat wird wohl trotz einer gewissen Opposition in der vorliegenden Form angenommen werden, nichts kann uns hindern, unsere nationale Heimstätte zu errichten — es sei denn unsere eigene Schwäche und Uneinigkeit. Darum sollten wir vor allem die unnötigen Streitigkeiten ruhen lassen und die Einigkeit in den eigenen Reihen herzustellen suchen.

Das organisatorische Programm

Die Provisorische Exekutive sieht eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin, die organisatorische Einheit des Zionismus wieder herzustellen. Wenn die bisher in London herrschende Richtung es unterließ, die Organisation als solche zu stärken, die öffentliche Meinung im Zionismus zu beachten, die eigene Auffassung öffentlich zu vertreten, wenn alles von ein paar Leuten hinter den Kulissen abgemacht wurde — so war dies weder Zufall noch Böswilligkeit, sondern hing offenbar mit der Auffassung zusammen, die diese Herren, insbesondere die Führer der Amerikaner und Simon — von der Organisation überhaupt hatten.

Diese Auffassung beruht auf Verkennung und Mißachtung alter zionistischer Erfahrungen und Grundsätze. Hier paßt wirklich der Mahnruf: Zurück zu Herzl!

Die sogenannte amerikanische Auffassung in bezug auf die Weltorganisation geht von drei ganz falschen Voraussetzungen aus. 1. Sie stellt es so dar, als ob nach San Remo die ganze Judenheit bereit wäre, für Palästina Opfer zu bringen, als wenn wir keine Propaganda oder Erziehung mehr brauchten, als wenn überhaupt die Scheidewand zwischen Zionisten und Nichtzionisten gefallen sei. Das ist ein ungeheurer Irrtum, der sich auch in Europa eingenistet und zu dem Glauben geführt hat, wir brauchten nur weniger „radikal" zu sein, um alle Juden für den Zionismus zu haben. Der Zionismus steht aber im Gegensatz zu einer hundertjährigen Entwicklung im Westen, erfordert Willenskraft und Idealismus, er bringt dem Einzelnen keine Vorteile. Heute sind freilich die äußeren Verhältnisse so günstig, daß sehr viele Nichtzionisten, die etwas Sympathie für uns haben, mitarbeiten wollen. Stellen wir aber die Organisation als solche auf deren Psychologie ein, so genügt ein ungünstiges Ereignis, ein Mißerfolg, um alles zu gefährden.

Wir leben in dem Gedanken, daß wir Juden sind, die für die nationale Wiedergeburt ihres Volkes kämpfen. Das ist nicht der Standpunkt der jüdischen Mehrheit im Westen Europas. Das ist Zionismus. Dieser nationale Gedanke hat uns alles gegeben und alles aus uns gemacht. Verlieren wir ihn, so verlieren wir uns selbst. Beharren wir auf ihm, so werden wir in guten Zeiten schnell, in schlechten langsam vorwärts kommen, aber immer das vorwärtstreibende Element im Judentum bleiben. Darum brauchen wir auch weiter die Zionistische Organisation als die Organisation des nationalen Juden. Zur weitgehendsten Zusammenarbeit mit den anderen sind wir bereit. Heute kann jeder gutgesinnte Jude mit uns arbeiten, der ehrlich Palästina will. Unser angeblicher Radikalismus ist nur eine Ausrede für Mangel an Opferwillen oder für innere Gegnerschaft. Wo äußert sich denn unser Radikalismus derart, daß er praktische Zusammenarbeit für Palästina verhindert? Von ein paar Entgleisungen abgesehen, wüßte ich höchstens die Gemeindewahlkämpfe zu nennen, zu denen wir doch ein gutes Recht haben.

2. Der zweite Irrtum der amerikanischen Führer ist die Anschauung, die heutige Zionistische Organisation sei nicht der geeignete Träger der wirtschaftlichen Energien zur Erschließung Palästinas. Der amerikanische Vorschlag — der von der Reorganisationskommission stammt — geht dahin, die zionistische Exekutive nach Palästina zu verlegen und sie zu einer Art Wirtschaftskommission zu machen.

Was haben die Amerikaner geleistet. Was wurde aus Simons seit Jahren verkündeten Bankprojekten? Schließlich müssen auch die Amerikaner in Form der „Investment Companies" und Sammelfonds an die organisierten Zionisten appellieren. In Wahrheit ist die nationale Zionistische Organisation unsere größte, ja unsere einzige wirtschaftliche Macht.

Eine ganz andere Frage ist die Form der Verwendung der Gelder in Palästina, die Kontrolle der Gesellschaften, die Abstellung gewisser Mißstände dort. Diese Angelegenheiten werden leider von der amerikanischen Richtung mit prinzipiellen Fragen vermischt. Statt Angelegenheiten werden leider von der amerikanischen Richtung mit prinzipiellen Fragen vermischt. Statt Fehler unseres Apparates zu verbessern, will man die Zionistische Organisation zu einer Gruppe von Kolonisationsvereinen machen, mit einem Wirtschaftskomitee in Palästina an der Spitze. So werden wir weder eine Organis. noch Geld haben. Denn man wird bald merken, daß das Kapital nicht vor allein in Palästinagesellschaften zusammenfließt. Die amerikanische Auffassung verkennt auch die Imponderabilien nationaler Volkswirtschaft. Unser bestes Wirtschaftsaktivum sind heute die Chaluzim. Die nationale Idee, die Anlehnung an die Zionistische Organisation, hat sie hingebracht, keine Kolonisationsgesellschaft, keine Profitberechnung.

3. Der dritte zurzeit vielleicht gefährlichste Irrtum der Amerikaner in bezug auf die Organisation ist die Meinung, daß sie ihre politische Aufgabe erfüllt habe. Wir sprachen schon von diesem Irrtum. Aber wie konnte er auftauchen in einer Zeit, die uns San Remo gegeben hat? In wessen Namen haben denn Weizmann und Sokolow gesprochen! Warum wurde die Zionistische Organisation als Jewish Agency anerkannt? Weil die Regierungen in ihr den Beginn der jüdischen Volksorganisation erblickten, mit der sie verhandeln wollten.

Die jetzige Exekutive versteht unter Zionismus die große Maschine, die alle nationalen Energien wecken, sammeln und verwenden soll, kurz, die nationale Organisationsform eines Volkes, das den Boden des eigenen Landes noch nicht unter den Füßen hat, in der Idee aber bereits das Volk des künftigen Judenstaates ist.

Die künftige Leitung.

Der Gedanke der Nation hat uns die Kraft zum Aushalten in schweren Zeiten gegeben. Die große Aufgabe der Zionistischen Organisation wird erst erfüllt sein, wenn in Palästina ein jüdisches Volk lebt, das sich selbst verwaltet und ökonomisch unabhängig ist, das selber die Energien entwickeln kann, um die Mittel zur Kolonisation zu beschaffen. Solange die politische und wirtschaftliche Grundlage des jüdischen Gemeinwesens in Palästina

noch nicht gelegt ist, ist die Zionistische Organisation berufen, diese Grundlage zu ersetzen. Stirbt der herzl'sche nationalpolitische Organisationsgedanke ab, so wird die Judenheit ganz gewiß die seelischen und materiellen Kräfte nicht aufbringen, die zum Aufbau Palästinas nötig sind, und der nationaljüdischen Politik wird kein weiterer Erfolg beschieden sein.

Da wir sicher sind, daß diese hohe Bedeutung der Organisation nirgends besser als bei den deutschen Zionisten verstanden wird, so erwarten wir, daß die deutschen Zionisten sich allen Tendenzen entgegenstellen werden, die die Einheit und Kraft der Organisation bedrohen. Auch das Parteiwesen sollte bei uns nicht zu sehr überwuchern. Es kann bei uns keine ausgeprägten Klassengegensätze geben. Wir sind noch nicht die neue Gemeinschaft in Palästina, wir sind auf dem Marsche nach einem noch fernen Ziel.

Das amerikanische Programm.

Grundsätzlich muß festgestellt werden, daß alle jüdischen Angelegenheiten uns angehen. Der zweite Punkt, die Forderung, daß die Zionistische Organisation als „Jewish Agency" figurieren soll und nicht eine neugebildete Körperschaft oder die Vertretung eines Weltkongresses, bezeichnet Lichtheim im heutigen Stadium als nicht aktuell. Die dritte Formulierung der Gegenüberstellung „Commonwealth und kulturellem Zentrum" ist eine unrichtige Problemstellung. In Wirklichkeit leugnet niemand, daß die ökonomische Basis die notwendigste Voraussetzung des Aufbaues Palästinas ist. Es kann sich höchstens um die Frage handeln, ob ein paar Schulen mehr oder weniger gemacht werden sollen. Viertens: die Trennung der Fonds für ökonomisch rentable und unrentable Zwecke ist ganz richtig. Doch betrifft dies nur die Verwendung der Gelder, keineswegs die Aufbringung. Der Beschluß für Keren Hajessod ist in London einstimmig gefaßt worden, und bei einigem guten Willen wäre die Einigkeit zu erzielen gewesen. Die Verhandlungen in Amerika scheiterten schließlich an der Forderung der Amerikaner bezüglich eigener Kontrolle der Gelder. Die Forderung einer ökonomisch richtigen Methode der Arbeit in Palästina wird jeder unterschreiben; die Amerikaner sollten aber, statt zu kritisieren, positiv mitarbeiten. Was die Forderung der Dezentralisation der Föderation anlangt, so muß erklärt werden, daß in Wirklichkeit eine weitgehende Selbständigkeit der Landesorganisationen besteht. Ein Mehr würde den Bestand der Weltorganisation gefährden. Manche Forderungen des amerikanischen Programms nehmen wir auf, aber ein großer Teil beruht auf Mißverständnissen und unaktuellen Polemiken. Trotz allem hoffen wir, daß die amerikanische Convention am 5. Juni eine Verständigung bringen wird.

Die Reorganisationskommission.

In seinen positiven Teilen deckt sich das Memorandum der Amerikaner in den meisten Punkten mit den Vorschlägen der Reorganisationskommission. Der Bericht dieser Kommission, der demnächst veröffentlicht werden wird, ist überzeugend in der Kritik einer Reihe von Fehlern, die in Palästina begangen wurden. Erstaunlich ist nur die Tendenz des Berichtes, bestimmte Personen in Palästina, die er als „Palästinakommission" bezeichnet, auf die Anklagebank zu setzen, auf die sie zumindest auch gehören. Die Palästinakommission bestand in Wahrheit aus den verschiedensten Personen, die im Laufe der Zeit wechselten. Heute werden die Angriffe vor allem gegen Ussischkin und Ruppin gerichtet, aber die Hauptübelstände liegen viele Jahre zurück, und besonders der Vorwurf der schlechten Wirtschaft trifft, soweit er überhaupt gerechtfertigt ist, diejenigen, welche die nach der Balfour-Deklaration gesammelten Gelder unzweckmäßig verwendet haben. Vor allem Eingehen auf die wirklich berechtigte Kritik muß ich entschieden der Meinung entgegentreten, als ob bei uns zurzeit grobe Verwaltungs-Mißwirtschaft herrscht. Es ist natürlich richtig, daß unsere Verwaltung in Palästina Geld kostet, und wahrscheinlich sind auch organisatorisch Fehler gemacht worden. Nun hat die Reorganisationskommission eine genaue Untersuchung angestellt, die Zahl der Beamten von 116 auf 87 herabgesetzt und dadurch Ersparnisse erzielt. Dabei wurden aber auch gewisse Zweige der Tätigkeit eingestellt und eine Anzahl Beamten auf die P. L. D. C. übertragen. Die Reorganisationskommission hat anerkannt, daß die Beamten der Palästinakommission sehr niedrige Gehälter beziehen. Wenn es auf diese Weise gelang, von einem Gesamtbudget von 300 000 Pfund jährlich etwa 9000 Pfund, also 3% an Gehältern, zu ersparen, so ist das gewiß erfreulich, aber es zeigt, wie unbegründet der in manchen Kreisen verbreitete Vorwurf ist, daß zuvor unsere Gelder durch ein Uebermaß von Beamten vergeudet worden sind.

Schwerwiegend ist die Kritik, die sich gegen das Kolonisationssystem

richtet. Es ist wahr, daß es noch immer nicht gelungen ist, zu wirklicher Seßhaftmachung von Kolonisten in rentierenden Betrieben zu gelangen. Aber wenn der Bericht sagt, daß die Nationalfondsfarmen vom wirtschaftlichen Standpunkt fast wertlos sind, so sollte man die Schuld nicht nur bei der jetzigen Palästinakommission, sondern auch bei der Nationalfondsverwaltung suchen. Und wenn wir noch immer nicht zu einem brauchbaren Ansiedlungssystem gelangt sind, so wüßte ich nicht, wen die Schuld dafür in höherem Maße trifft, als Herrn Julius Simon, der seit der Einrichtung der Londoner Leitung bis jetzt an der Spitze des Kolonisationsdepartements gestanden hat.

Ich kenne keinen prinzipiellen Standpunkt in Kolonisationsfragen. Es ist mir vollkommen gleichgültig, ob Palästina sozialistisch oder auf andere Weise aufgebaut wird. Wenn es eine sozialistische Wirtschaftsweise gibt, auf deren Grundlage sich eine blühende Wirtschaft entwickelt, so werde ich sie annehmen. Niemand von uns hat Vorliebe für das privatkapitalistische System. Aber wir müssen erst sehen, daß es geht, und das haben wir nicht gesehen. Der Vorwurf ist denjenigen Stellen der palästinensischen Verwaltung zu machen, die in ihrer schwächlichen Nachgiebigkeit immer augenblicklichen Stimmungen und Tendenzen nachgeben, daß sie ein System unterstützen, das kein System ist. Es ist eine Tatsache, daß selbst Daganiah heute einen Zuschuß braucht. Es herrscht hier eine Wirtschaftsform, in der es kein Familienleben und keine Kinder gibt. Merchawja ist nicht die Spur einer Wirtschaftsgenossenschaft. Hier wurden 40.000 engl. Pfund investiert. Verwaltet wird es von zufällig dort zusammengelaufenen Gruppen von Arbeitern, von denen ein einziger länger als drei Monate dort ist. Diese Leute verhindern die Kontrolle eines Verwalters, weil das eine „kapitalistische Wirtschaftsweise" wäre und sie haben diese Politik seit Jahren betrieben und die Nationalfondsverwaltung im Haag hat es seit Jahren geduldet, und die Beamten des Nationalfonds und die dortigen Herren tragen die Verantwortung dafür.

Berechtigt erscheint auch die Kritik, wenn sie beanstandet, daß ein Drittel unseres Budgets für Schulzwecke verausgabt wird. Allerdings ist zu bemerken, daß mit steigender Einwanderung die Anforderungen an das Schulwesen ständig wachsen. Das gegenwärtige Zahlenverhältnis ist aber zweifellos ungesund, und die Bevölkerung muß weit mehr als bisher zum Schulwerk beitragen. Nicht berechtigt scheinen mir die Angriffe des Berichtes auf die Landkaufspolitik der palästinensischen Nationalfondsvertreter. Es mag sein, daß diese beim Kauf eines großen Terrains kürzlich ihre Vollmachten überschritten haben. Aber in dem Verlangen des Berichtes, den Landkauf zunächst ganz auf den Süden zu beschränken, sehe ich eine theoretische Einseitigkeit.

Vollkommen verfehlt sind diejenigen Vorschläge des Berichts, die auf die Umwandlung der zionistischen Exekutive in eine Art palästinensische Ica hinzielen. Das hängt mit der verkehrten Auffassung der Zionistischen Organisation zusammen, die schon früher bei Besprechung des amerikanischen Programms kritisiert wurde.

Der Arbeitsplan für die Zukunft.

Der Abstellung erkannter Mißstände muß endlich eine Periode fruchtbarer kolonisatorischer Arbeit folgen. Auch hier gibt der Bericht der Reorganisationskommission wertvolle Hinweise, wenngleich vieles nur sehr allgemein gesagt wird.

In der landwirtschaftlichen Kolonisation erblicken wir die schwierigste, aber wichtigste Seite unserer Aufgabe. Das zentrale wirtschaftliche Problem besteht in der dauernden Ansiedlung unserer Chaluzim in rentierenden selbständigen Betrieben.

Hierzu sind eine Reihe von Gesellschaften und Instituten nötig. Was die Reorganisationskommission und mit ihr die Amerikaner darüber sagen, ist nicht neu, aber richtig. Das Problem besteht in der Finanzierung dieser Institute, und da weiß die Reorganisationskommission leider gar nichts zu sagen.

Die Methode der Geldaufbringung darf nicht verwechselt werden mit der Methode der Geldverwendung.

Die Exekutive tritt darum mit aller Kraft für den Keren Hajessod-Gedanken ein, dessen Einzelheiten gewiß zu diskutieren und zu verbessern sind, der aber das richtige Grundprinzip der Geldaufbringung enthält.

Die Voraussetzung aller unserer Arbeit ist die Aufbringung der Mittel durch den Keren Hajessod.

Unsere Kolonisation ist nationale Kolonisation. Die Exekutive wird dem Kongreß ihre kolonisatorischen Pläne unterbreiten. Heute kann ich noch nichts im einzelnen sagen, aber meines Erachtens ist es gar nicht so schwer, einen brauchbaren Plan aufzustellen.

Unsere Organisation ist die nationale Organisation. Wir sind kein Verein, kein Notabeln-Komitee, kein Geschäftsunternehmen, wir sind die Erben Herzls, das jüdische Volk unterwegs.

So versteht die Exekutive Kolonisation, Politik und Organisation. Gerade in der gegenwärtigen Krise halten wir es für nötig, diesen grundsätzlichen nationalen Standpunkt scharf zu betonen.

Die künftige Leitung.

Auf dem Kongreß wird die Leitungsfrage eine große Rolle spielen. Es handelt sich dabei nicht nur um Personenfragen, sondern um die Frage des Systems der Leitung. Wir müssen Personen wählen, in die wir das Vertrauen setzen, daß sie die Sache der Nation führen können. Wir müssen unsere Leiter so wählen, wie ein Parlament das Ministerium. Nicht etwa gesinnungstüchtige Rhetoren brauchen wir, aber Leute, die als Persönlichkeiten etwas sind und Ressorts leiten können. Für Politik haben wir den Chemiker Weizmann und den Journalisten Sokolow gefunden. Wir brauchen tüchtige Männer und für Spezialaufgaben natürlich auch Fachleute. Aber das neueste Schlagwort sind gar nicht die Fachleute, sondern die Notabeln. Auch solche wären uns willkommen, wenn sie wirkliche Zionisten sind. Alle Erfahrungen lehren aber, daß auch für die praktische Arbeit am besten solche Zionisten sind, die wir als nationale Führer anerkennen können. Finden wir keine überragenden Persönlichkeiten, so müssen wir uns mit dem guten Durchschnitt begnügen.

Mein Vorschlag ist folgender: Die Exekutive besteht aus 8 bis 12 vom Kongreß gewählten Personen, wovon 5 bis 7 in London, die anderen in Palästina sitzen.

In bezug auf die Frage des Sitzes der Leitung begründet Lichtheim eingehend, warum die Leitung heute noch nicht in Palästina sitzen kann. Die Kräfte des Volkes liegen heute noch außerhalb Palästinas. Der Sitz der Leitung muß London sein, weil dort das politische Zentrum ist, aber auch die anderen Ressorts können nicht abgetrennt werden. Die eigentliche Palästinaarbeit ist von den in Palästina wohnenden Mitgliedern der Exekutive zu leiten, mit Zuziehung von Vertretern des Waad Leumi. Von London aus kann die Kolonisation nicht geleitet werden, jedoch muß eine Budgetkontrolle von London aus erfolgen. Die Treasury der Exekutive bekommt hierfür eine besondere Abteilung. Der Vorschlag der Reorganisationskommission, die ganze Leitung mit Ausnahme der Ressorts für Politik und Finanzen nach Palästina zu legen, beruht auf Verkennung der Bedeutung der Organisation und ihres nationalpolitischen Charakters. Die palästinensische Exekutive kontrolliert alle zionistischen Institutionen durch Governors, die von der Gesamtexekutive ernannt werden. Die Institutionen selbst, Banken, Landgesellschaften usw. sollen möglichst selbständig sein; ihre Direktoren bilden einen Rat, der der Exekutive zur Seite steht. Dieser Plan berührt sich stark mit dem Vorschlag der Reorganisationskommission, mit dem Unterschied, daß der palästinensischen Exekutive als einem Teil der Gesamtexekutive auch politische und nationale Aufgaben gegenüber der Verwaltung und der Bevölkerung zufallen. Alle wirtschaftlichen Unternehmungen sind in Palästina zu konzentrieren. Dagegen muß die Finanzierung, die ganz neu organisiert werden muß, und die Propaganda von London aus erfolgen. Auch die völlige Verlegung des Nationalfonds nach Palästina wäre falsch: die kolonisatorischen Aufgaben des Nationalfonds sind der palästinensischen Exekutive zu übertragen.

Dies sind die Grundzüge des Lichtheimschen Vorschlages, welche die Landsmannschaften und Verbände rechtzeitig vor dem Kongreß diskutieren sollen.

Lichtheim schließt sein Referat mit den Worten:

Ich habe Ihnen in ungefähren Strichen gezeigt, wie die provisorische Exekutive über die Grundsätze der zionistischen Arbeit und die nächsten Aufgaben denkt.

Das Land der Freiheit.

„Haarez" veröffentlicht aus einem Briefwechsel zwischen Achad-Haam und dem berühmten Historiker S. Dubnow, der bekanntlich in nächster Zeit sein vierzigjähriges Schriftstellerjubiläum feiern wird, zwei Briefe, die Dubnow an Achad-Haam gerichtet hat. Die beiden in hebräischer Sprache abgefaßten Schreiben, die wir hier in Uebersetzung wiedergeben, sind wertvolle Kulturdokumente aus der letzten Zeit:

Petrograd, 6. Februar.

Als ich heute morgens zu meiner üblichen Sonntagsvorlesung in die jüdische Universität kam, überbrachte man mir Ihr Schreiben vom 7. Jänner. Dreieinhalb Jahre lang wartete ich darauf und groß war meine Freude, als ich Ihre Handschrift auf dem Umschlag sah, und nun enthält der Brief die betrübende Mitteilung von Ihrer Krankheit, die sich nunmehr seit fünfzehn Monaten hinzieht. Ich war von dieser Mitteilung so bewegt, daß ich sie zu Beginn der Vorlesung meinen Hörern übermittelte.

Vielleicht würden Sie wieder gesund werden können, wenn Sie Ihren ständigen Wohnsitz nach Erez Israel verlegen, dort im Kreise liebender Freunde, mit denen Sie Ihre besten Lebensjahre gemeinsam verbrachten, ein normales, ruhiges Leben führen würden. Ich meinerseits träume immer von dem Wiedersehen mit Ihnen in Palästina und dies allein wäre für mich ein Hauptgrund, meine Reise dahin zu beschleunigen, soweit dies nur in den Grenzen der Möglichkeit liegt.

In den letzten Jahren hatte ich viele überaus große Kämpfe und Widerwärtigkeiten durchzumachen, aus denen ich nunmehr unversehrt hervorgegangen bin. Dächte ich nicht an die psychologischen Ursachen und Beweggründe, müßte ich es als wahres Wunder betrachten, daß es so gekommen ist: Ich arbeitete während dieser ganzen drei Jahre ununterbrochen an der Neuausgabe meiner allgemeinen „Geschichte". Frierend, hungernd, unter den primitivsten Lebensbedingungen, unter unausgesetzten schweren Sorgen, erlangte ich die größte Selbstüberwindung, die ihre Quelle ausschließlich in dem Selbsterhaltungstrieb hat, schrieb mein wissenschaftliches Werk und fügte noch drei bis vier große Bände hinzu. In wenigen Monaten werde ich das sechsbändige Geschichtswerk vollenden, das ich im Jahre 1914, dem Jahre der Wiedergeburt der Welt, zu schreiben begonnen habe. Dann, nach dem kommenden Pessachfest, werde ich mich entscheiden, wohin ich meinen Wohnsitz verlegen soll, um dieses mein Werk abzuschließen und es in russischer und hebräischer Sprache, hauptsächlich aber in hebräischer, drucken zu lassen und auch meine übrigen literarischen Arbeiten zum Abschluß zu bringen. Im Frühjahr oder im Sommer wird diese bei den gegenwärtigen Verhältnissen schwere Frage gelöst werden.

Ich lese nur einmal in der Woche über die Geschichte der Juden in der Jüdischen Volksuniversität, die wir im Jahre 1919 gründeten und in welcher ungefähr zwanzig Dozenten vor einem verhältnismäßig nicht großen Auditorium Vorlesungen halten. Ich arbeitete auch in einzelnen archivarischen Arbeitsausschüssen, aber das alles sind nur unwesentliche Kleinigkeiten, die mir keine geistige Befriedigung geben.

Petrograd, 26. Februar.

Ich schrieb Ihnen bereits, daß ich hoffe, im Sommer Ihnen hinsichtlich der Postverbindung näher zu sein, und nunmehr bietet sich glücklicherweise die Möglichkeit, mit Ihnen durch den Minister für jüdische Angelegenheiten in Litauen, Dr. Soloweitschik, einen Briefwechsel zu unterhalten.

Denken Sie daran, im Sommer einen Kurort in Deutschland aufzusuchen, wenn ja, so könnten wir uns dort treffen, denn wenn es mir gelingt, von hier nach Litauen zu kommen, so werde ich auch in Berlin sein. Wie man mir jüngst mitteilte, bereitet dort der Jüdische Verlag die deutsche Ausgabe meiner „Geschichte" zum Druck vor. Vielleicht wird es mir gelingen, das Werk dort in einer Umarbeitung auch in hebräischer und russischer Sprache herauszubringen.

Es fehlen mir nur noch zwei Monate zur Vollendung der siebenjährigen Arbeit. Nach Pessach werde ich so weit sein, meine Reisevorbereitungen zu treffen. Die Hoffnung bläst mir neues Leben ein und hält mich in diesen schweren Tagen aufrecht. Endlich werde ich befreit werden von dieser völligen Einsamkeit und Abgeschlossenheit. Hatte ich doch bis zur letzten Zeit fast keine Ahnung von all dem, was in diesen letzten Jahren im Westen und überhaupt auf dem Gebiete unseres öffentlichen Lebens, unserer wissenschaftlichen und literarischen Bestrebungen sich zugetragen hat. Auch nicht ein einziges neues Buch kam mir zu Gesicht. Selbst mein Buch „Die Geschichte der Juden in Polen und Rußland" in der amerikanischen (englischen) [illegible] [illegible] konnte ich nicht sehen, denn die mir zugesandten Exemplare erreichten mich nicht seit dem Jahre 1917. Erst in den letzten Tagen sind mir einige Nachrichten aus einer anderen Welt zugekommen . . . [illegible]

Der Plan der Universität Jerusalem.

Von Prof. Dr. Heinrich Loewe, Berlin.

Von der größten Einwirkung auf die jüdische Siedlung in Palästina und auch auf das Leben und die geistige Entwicklung der Juden in anderen Ländern wird die Gründung der hebräischen Universität in Jerusalem sein, die jetzt in Angriff genommen wird. Der erste Gedanke dazu ging von Prof. Dr. Hermann Schapira aus, der im Jahre 1887 einen ersten Verein gründete, der als Ausfluß seiner nationaljüdischen Gesinnung eine hebräische Universität in Jerusalem schaffen sollte. Man kam nicht weiter als bis zur Sammlung von 2000 bis 3000 Mark. Im Sinne einer Vorbereitung dieser Universität war es gedacht, als der Schreiber dieser Zeilen im Jahre 1895 von Jaffa aus den Vorschlag machte, in dieser Stadt ein hebräisches Gymnasium zu gründen. Auch das war damals ein Schlag ins Wasser; erst 8 Jahre später gelang es einem mutigen Mann, das erste Gymnasium dort zu gründen. Dann war die Entwicklung eine schnelle. Ein hebräisches Schulwesen entstand, das infolge eines törichterweise von antizionistischer Seite unternommenen Kampfes gegen die hebräische Sprache einen großen Aufschwung nahm.

Inzwischen waren die Stimmen immer lauter geworden, die eine jüdische Universität forderten. Die größer werdende Not der jüdischen Studenten, die in Osteuropa vom Studium ausgeschlossen wurden und denen die deutschen Hochschulen sich immer mehr versperrten, war nur ein äußerer Anlaß; vielmehr waren es innerjüdische Gründe, die immer gebieterischer Schaffung einer solchen Hochschule in Palästina heischten. Auf dem Wiener Zionistenkongreß 1913 wurde unter allgemeiner Begeisterung ein Komitee eingesetzt, das die Universität schleunigst vorbereiten und die Schaffung einer wissenschaftlichen Bibliothek in die Wege leiten sollte. Denn von vornherein war man sich darüber klar, daß die Gründung und der Ausbau der Universitäts- und Nationalbibliothek zu Jerusalem der eigentlichen Universitätsgründung vorangehen müsse. Ohne diese bleibt die Universität und sogar eine großzügige Kolonisation ohne das geistige Rüstzeug. Daher muß auch in Jerusalem, wie das von jeder in aller Welt der Fall war, der Auf- und Ausbau der wissenschaftlichen Bibliothek der Gründung der Universität vorangehen.

In dieser Richtung waren die Arbeiten, an denen sich u. a. auch der inzwischen verstorbene Professor Paul Ehrlich beteiligte, im Gange, als der Ausbruch des Weltkrieges aller Tätigkeit ein Ende setzte. Aber unmittelbar nachdem der Waffenstillstand auch nur die Möglichkeit einer Arbeit gab, waren die Arbeiter für den Universitätsplan wieder am Werke, zu denen sich noch eine ganze Reihe neuer Mithelfer gesellten. Besonders traten nun auch die Herren Professoren Otto Warburg, Leopold Landau, Albert Einstein u. a. hervor. Die Arbeiten für die Bibliothek wurden wieder aufgenommen, und in Deutschland bildete sich ein Palästina-Hochschul-Komitee, das sich der Gründung von Universität und Bibliothek ganz besonders annehmen will.

Von vornherein war man sich darüber klar, daß im Orient die Gefahr vorliegt, daß eine breit angelegte Universität verflachen könnte. Deshalb verzichtete man darauf, von Anfang an eine Volksuniversität ins Leben zu rufen. Damit ist aber auch die Möglichkeit, Abschlußprüfungen vorzunehmen und Diplome über erlangte akademische Grade auszugeben, weit hinausgerückt. Doch kann man leichten Herzens davon Abstand nehmen, wenn es dafür gelingt, eine wirklich wertvolle Stätte ernster wissenschaftlicher Arbeit zu schaffen. Darum soll die Universität ganz allmählich aus einer Reihe von wissenschaftlichen Forschungsinstituten aufgebaut werden. Das ist natürlich viel schwerer und kostspieliger, und man kann es nur erreichen, wenn es gelingt, eine Reihe von führenden Gelehrten dazu zu bewegen, ihre eigene Forschungsarbeit nach Jerusalem zu verlegen. Sie verzichten dadurch nicht nur auf das bequeme Leben in Europa, sondern auch auf den Glanz eines großen Auditoriums. Denn in Forschungsinstituten arbeiten immer nur eine kleine Anzahl auserlesener Gelehrter, die auch unter diesen Verhältnissen ihre angesehene Stellung an europäischen Universitäten mit den stilleren und weniger sichtbaren Stätten der Forschung in Jerusalem vertauschen wollen, obwohl ihnen zugleich die sehr erschwerende Bedingung der hebräischen Lehrsprache auferlegt wird.

Es wird sehr bald mit einem physikalischen, einem chemischen und einem mikrobiologischen Institut begonnen werden. Hier soll die rein wissenschaftliche Forschung ohne jede Seitenabsicht betrieben werden. Immerhin wird eine Nebenwirkung erreicht, da gerade diese drei Institute in hohem Maße wichtig sind für ein Land, in dem die natürlichen Wasserkräfte zu einem großartigen System der Elektrifizierung und die reichen Schätze an chemischen Rohstoffen im und am Toten Meer zu chemischer Industrie einladen, in dem aber auch das Sanitätswesen seit Jahrhunderten so vernachlässigt ist, daß ein besonderes Studium der Mikroorganismen auch aus praktischen Gründen geboten ist. Endlich wird man sehr bald eine Abteilung errichten müssen, die nicht bloß die Möglichkeit allgemeiner wissenschaftlicher Fortbildung bietet, sondern die sich vor allem die Erforschung des Landes, d. h. Palästinas im engeren, des vorderen Orients im weiteren Sinne zur Aufgabe macht. Hiermit hängen die judaistischen Studien natürlich aufs engste zusammen. Es wird also neben den drei genannten wissenschaftlichen Forschungsinstituten eine orientalisch-judaistische und zugleich allgemeine Abteilung geben. Aufgabe der Bibliothek wird es sein, in erster Linie den Bedürfnissen dieser jetzt entstehenden Forschungsinstitute zu genügen und zugleich für die im Zusammenhang mit der Universität planmäßig entstehenden land- und gartenwirtschaftlichen Versuchsstationen das wissenschaftliche Material zu beschaffen. Auch die Kunstgewerbeschule, die in der Entstehung begriffenen Museen und Fachschulen aller Art verlangen die Mithilfe der Bibliotheksverwaltung, deren Mittel noch gering, deren Aufgabenkreis ein unübersehbar großer ist.

Gelehrte sind reichlich vorhanden, welche die Eignung und den Willen haben, an der hebräischen Universität Jerusalems zu wirken. Noch weit stärker ist das Verlangen der Schüler. Schon jetzt entstehen hochschulartige Vorlesungskurse ohne Mitwirkung der eigentlichen Träger des Universitätsgedankens, weil die Verhältnisse dazu zwingen. Aber es gibt ein schwer zu übersteigendes Hindernis, nämlich die ägyptische Valuta. Rußland, aus dem bisher in erster Linie alle Geldmittel kamen, scheidet völlig aus. Deutschland vermag nur wenig zu tun, wenn es auch klar ist, daß der deutsche Einschlag dem Kapital und der Intelligenz entsprechen wird, die von den deutschen Juden beigesteuert werden. In erster Linie sind die amerikanischen Juden dazu berufen, große Geldmittel aufzubringen. Deshalb sind jetzt Prof. Weizmann und Prof. Einstein nach Amerika gereist, um dort an Ort und Stelle für das große wissenschaftliche Kulturinstitut zu werben, dessen Entstehung absolut sicher ist, dessen schnelleres oder langsameres Gedeihen aber auch von den materiellen Mitteln abhängig sein wird, die ihm zur Verfügung stehen.

Der dauernde internationale Gerichtshof.

Von unserem Londoner H.-Korrespondenten.

London, 18. Mai 1921.

Reuter berichtet aus Genf vom 9. Mai, daß Belgien das Statut für den dauernden internationalen Gerichtshof des Völkerbundes gezeichnet hat und das nunmehr 33 Staaten diese Zeichnung vollzogen haben, während die Ratifikationsvorlage in Großbritannien, Frankreich, Norwegen, Dänemark, Holland und der Schweiz noch der Erledigung wartet. Italien und Spanien können ohne parlamentarische Aktion die Ratifikation vornehmen. Die englische Regierung hat das Protokoll, welches das Statut des dauernden internationalen Gerichtshofes feststellt soeben als ein White Paper offiziell herausgegeben. Es ergibt sich hieraus, daß dieses Protokoll am 16. Dezember 1920 in Genf gezeichnet worden ist. Das Statut selbst, das auf Art. 14 der Verfassung des Völkerbundes beruht, regelt die Zusammensetzung des Gerichtshofes und seines Aufgabenkreises. In denselben fallen Fragen rechtlicher Natur, soweit sie in Verbindung stehen mit

a) Der Auslegung eines Vertrages,
b) Einer Frage des Völkerrechtes,
c) Der Existenz einer Tatsache, die, wenn festgestellt, die Verletzung eines völkerrechtlichen Verpflichtung darstellen würde.
d) Der Natur oder der Ausdehnung eines Schadenersatzes auf Grund des Bruches einer völkerrechtlichen Verpflichtung.

Bekanntlich ist auch in dem Mandatsentwurf für Palästina (Artikel 25) vorgesehen, daß Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Auslegung oder Anwendung der Bestimmungen des Mandates gegebenenfalls dem internationalen Gerichtshof vorzulegen sind. Allerdings enthält das Statut des internationalen Gerichtshofes in Artikel 34 die Bestimmung, daß nur Staaten, oder Mitglieder des Völkerbundes, Parteien vor dem internationalen Gerichtshof sein können, sodaß auch in bezug auf die Mandatsauslegung, ebenso wie in bezug auf die Auslegung der Minoritätenschutzbestimmungen die betroffenen Minoritäten bez. die Jewish Agency nicht als selbständige Partei vor dem Gerichtshof erscheinen kann. Wenn eine Minorität (oder die Jewish Agency im Fall des Palästinamandates) ihre Beschwerden vor den Internationalen Gerichtshof bringen will, ist sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen darauf angewiesen, daß ein Staat, der Mitglied des Völkerbundes ist, sich ihre Sache zu eigen macht und vor den Völkerbund, bezw. den dauernden internationalen Gerichtshof bringt. Es ist klar, daß darin eine Schwäche liegt, die jene Völker benachteiligt, die noch keinen in den Völkerbund aufgenommenen Staat besitzen. Unter Hinweis hierauf hat Lord Robert Cecil vor kurzem im englischen Parlament angeregt, Mittel und Wege zu finden, um diesem Mißstand abzuhelfen.

Neue Währung in Palästina.

Von Jacob Wolff, Frankfurt a. M.

Seit 2½ Jahren steht Palästina unter der Mandatarherrschaft Englands; unter den vielen Problemen, die sich ihm dort eröffneten, steht wohl mit an erster Stelle die Währungsfrage. Eingeführt ist zurzeit das ägyptische Pfund, das einen noch höheren Wert darstellt als das englische (100 engl. Pfund = 97½ ägypt. Pfund). Kein Zweifel, daß durch diese Währung die Lebensführung in Palästina auf das äußerste verteuert wird, kein Zweifel aber auch, daß hiervon nur ganz wenige Menschen Vorteile haben.

Was sind nun die Nachteile der ägyptischen Währung für Palästina, und kann dieselbe unter Umständen eine Gefahr für den Aufbau Palästinas bedeuten? Ich will hier von jeder politischen Seite des Problems völlig absehen, hier soll nur die rein national-ökonomische Seite mit kurzen Strichen eine Beleuchtung erfahren, und ich hoffe, daß sich an meine Ausführungen noch weitere Auseinandersetzungen knüpfen werden.

Für uns Juden, die wir den Aufbau Palästinas als eine Lebensnotwendigkeit für das jüdische Volk betrachten, erwächst es sich als eine gebieterische Pflicht, gerade jetzt schon dieses Problem mit aller Schärfe ins Auge zu fassen, denn je weiter die Entwicklung des Landes fortschreitet, je mehr Geld ins Land hineinfließt und je mehr Gesellschaften in Aktienform sich aufmachen, desto schwieriger wird es sein, in einem späteren Zeitpunkt, wenn sich die jetzige Währung als unmöglich erweisen wird, dann die Umwandlung in eine andere vorzunehmen. Es ist aber kein Zweifel, daß diese Frage zurzeit bereits in den bürgerlichen hebräischen Zeitungen Palästinas, z. B. „Doar Hajom", eine Rolle spielt, wie ich das in einer Unterredung mit dem Redakteur dieser Zeitung feststellen konnte.

Palästina ist im Gegensatz zu England oder Aegypten ein sehr armes Land, in welchem geradezu alles auf die Entwicklung und den Aufbau wartet. Es gibt kein eigenes Bankwesen; die Banken, die dort an den größeren Plätzen domizilieren, sind von außen gekommen, verfolgen rein kommerzielle Zwecke, vielleicht mit Ausnahme der Anglo Palestine Bank, die bekanntlich dem zionistischen Prinzip dient. Das Effektenwesen ist völlig unausgebildet. Der Haupterwerbszweig der Banken ist Kontokorrent, Scheck- und Devisenverkehr, ferner Kreditgewährung. Die Banken rechnen zurzeit mit Spesen und Provisionen etwa 13 % Zinsen, die gefordert und bewilligt werden. An Hypothekenbanken fehlt es noch vollkommen und Hypothekenkredite oder Annuitäten in Palästina zu bekommen, gehört fast zu den Unmöglichkeiten, wodurch besonders den Kolonisten das Leben zur Unmöglichkeit gemacht wird. Hier dürften sich hoffentlich in nächster Zeit nach meiner Kenntnis Aenderungen grundlegender Art vollziehen.

Die Industrie steckt durchaus noch in den Anfängen und hat bislang kaum irgend eine Bedeutung. Das hat auf der anderen Seite bei der derzeitigen Krise das Gute gehabt, daß von Zahlungsstockungen irgendwelcher nennenswerten Größe keine Rede war.

Das Eisenbahn- und Transportwesen beginnt unter der Arbeit der palästinensischen Regierung sich langsam zu entwickeln und auch der Straßenbau dürfte in etwa zwei Jahren so weit gefördert sein, daß die derzeitigen, unmöglichen Wegverhältnisse als gerade zu bezeichnen sein werden. Somit kann man ohne Zweifel unterstellen, daß bereits in Palästina Werte geschaffen sind, allerdings noch nicht in irgendwie genügender Art. Diesem Mangel muß in Bälde abgeholfen werden, und auch dafür gibt es Anzeichen. Im Gegensatz zu dieser nach meiner Auffassung leider viel zu langsamen Entwicklung steht nun zunächst der enorm gesteigerte Wert für Grund und Boden, für Gebäude und Privatwohnungen. Die Mieten in allen Städten sind so enorm, daß sie allein einen ganz erheblichen Teil des normalen Einkommens absorbieren, trotzdem ist nicht einmal eine normale Rente für den geforderten und leider auch oft bewilligten Preis auszurechnen. Man leidet in dem armen Palästina — so paradox das klingt — an Ueberkapitalisierung. Und fragt man sich, wie das möglich ist, so gibt es darauf in der Tat nur die eine Antwort, nämlich, daß an diesem, man darf wohl sagen, nationalen Unglück einzig und allein die Währungsfrage schuld ist. Früher war man gewohnt mit Franken zu rechnen, heute glaubt jeder in Palästina das Recht zu haben, statt in Franks mit Pfund rechnen zu dürfen und die Vorstellung geht dahin, daß man für etwa frühere 5 Franken ruhig ein ägyptisches Pf. in Ansatz bringen dürfe. Das Pfund ist aber für ein so armes Land wie Palästina eine viel zu schwere und viel zu gewichtige Währung, und so gut es sich für ein reiches Land eignet, eine ebenso große Gefahr ist es für ein armes. Man gibt sich in Palästina doch wohl nicht genügend Rechenschaft über die Bedeutung von etwa 1000 Pfund und fordert sie mit ebenso kalter Miene, wie man früher etwa etwa 5000 Fr. verlangte; ja man begegnet gar oft der Auffassung, daß das, was man früher für etwa 5000 Franken verkaufen konnte, heute doch einen unbedingten Wert von 1000 Pfund haben müsse, nachdem der Wert des Geldes in Palästina so erheblich gesunken ist.

Wenn man bedenkt, daß bei vorsichtiger Schätzung in ganz Palästina 1,000.000 — 1,500.000 Pfund ägyptisches Papiergeld zirkuliert und daß trotzdem für die nichtigsten Dinge im Vergleich zu den Preisen in allen anderen Ländern ungewöhnlich hohe Preise gezahlt werden, so wird man verstehen, wie gefährlich es ist, der Bevölkerung über den Wert des Geldes und darüber, wie sparsam man mit demselben umzugehen hat, nicht völlige Klarheit zu geben, und ich darf behaupten, daß man zeitweise in Palästina die Bevölkerung und speziell die jüdische Bevölkerung nicht erst über den Wert des Geldes hat zur Besinnung kommen lassen, das war zu Zeit, als verhältnismäßig viel Geld, besonders von Amerika, ins Land strömte; ich glaube, daß diese Andeutungen genügen.

Welche Nachteile die ägyptische Währung Palästina bringt, ist nicht abzuschätzen. Wenn man bedenkt, daß etwa 1¼ Millionen ägyptische Pfund Papiergeld in Palästina zirkulieren, darf man annehmen, daß bei den derzeitigen ägyptischen Zinsverhältnissen die ägyptische Regierung einen Nutzen von mindestens 100.000 Pfund pro Jahr nach Abzug der durch die Notenpresse entstehenden Spesen macht. Irgend einen Einfluß auf die Ausgabe der ägyptischen Noten und das Deckungsverhältnis hat die palästinensische Regierung nicht. Die Bevölkerung Palästinas nimmt unter vollem Vertrauen auf die ägyptische Währung die Noten an, hat hierfür keine wie immer geartete Deckung und auch keinen wie immer gearteten Nutzen, nur Risiken, gar keine Chance.

Es liegt zweifellos im Interesse Englands, den ihm so nahe stehenden Ländern Aegypten und Palästina möglichst die gleiche Währung zu geben, aber England und vor allen Dingen die palästinensische Regierung sollten doch bedenken, daß gerade diese ägyptische Währung der Entwicklung Palästinas enorm im Wege steht und damit auch nicht im Interesse Englands gelegen ist. Ohne Zweifel ist, daß bei den heutigen politischen Verhältnissen und den nahen Zusammenhängen Palästinas und Aegyptens die Währung in Palästina so eingerichtet werden müßte, daß sie ganz gleichartig mit der englischen ist. Ich glaube daher die Anregung geben zu sollen, daß die Einheit der Landeswährung der fünfundzwanzigste Teil eines Pfundes ist, daß somit 40.000 Pfund = 1,000.000 etwa Schekel benannt, darstellen. Der Schekel könnte dann in 100 Prutin geteilt werden. Ich gehe dabei von der Erwägung aus, daß durch Einführung einer so schmalen und kleinen Währung die derzeitigen kapitalistisch überspannten Verhältnisse Palästinas entspannt würden, vor allen Dingen aber, daß es viel leichter für einwandernde Juden, auch für die die aus den Ländern mit gesunkener Währung kommen, wäre, in Palästina festen Fuß zu fassen. Es ist rein psychologisch genommen ein ganz anderes Ding, ob man etwa für einen bestimmten Grundbesitz 1,000.000 Schekel oder 40.000 Pfund fordert. Ich bin mir bei diesem Vorschlage durchaus bewußt, daß ich vielleicht den Widerspruch der derzeitigen kapitalistischen Welt in Palästina erfahren werde, die in der Tat glaubt, daß in gar nicht allzu ferner Zeit der von ihr angekaufte Grund und Boden noch weitere, starke Erhöhung erfahren wird. Um aber zu einem gesunden Wirtschaftsleben in Palästina zu kommen, muß es nach meiner Auffassung, und das hat mich mein längerer Aufenthalt in Palästnia gelehrt, zu einer anderen Währung in Palästina kommen. Dabei hat aber in erster Linie die „Zionist Commission" mitzuhelfen, indem sie den von ihr erworbenen Grund und Boden zu ganz mäßigen Preisen und möglichst ohne jeden Gewinn abgibt, und jedes

Spekulanten, sei er nun Palästinenser oder sonst woher, energisch ihre Mitwirkung dadurch versagt, daß sie selbst oder auch der Nationalfonds zu so ungewöhnlich hohen Preisen, wie sie jetzt in Palästina gefordert und auch des öfteren bewilligt werden, weder Boden erwirbt noch verkauft. (J. R.)

Sir Stuart Samuel reist nach Erez-Israel.

Der Vorsitzende der Board of Deputies in England und Vertreter des Vorsitzenden der Misrachi-Welt-Organisation, Sir Stuart Samuel, geht dieser Tage nach Erez-Israel. In einem Gespräch mit dem Redakteur der „Zeit" legte er den Zweck seiner Reise in folgenden Worten klar:

„Ich will meinen Bruder den High-Kommissär besuchen und möchte mich während meiner Anwesenheit genau informieren, was zur Entwicklung Palästinas nötig ist. Was die Schulen anbetrifft, so interessieren mich nur die Schulen, die unter der Aufsicht des Misrachi stehen. Das soll nicht etwa heißen, daß ich wie die Agudda Israel der Meinung bin, daß die Juden in Palästina nur orthodoxe Schulen haben müssen. Im Gegenteil ich bin durchaus für Meinungsfreiheit in Palästina; alle Richtungen müssen unumschränkte Freiheit haben, die Schulen nach ihrem Dafürhalten zu organisieren. Mich persönlich interessieren nur die orthodoxen Schulen.

Ich werde mich nicht in andere Angelegenheiten mischen, es sei denn, daß man es von mir verlangt. Ich bin sehr betrübt, daß unter den orthodoxen Juden keine Einheit herrscht, es ist ein Unglück. Ich wünsche, daß Frieden unter allen Juden sei, besonders unter den orthodoxen.

Ich stehe in Verhandlung mit dem Wirtschaftsrat, an dessen Spitze Sir Alfred Mond ist. Sobald eine Basis für kommerzielle und wirtschaftliche Unternehmungen geschaffen wird, einen Profit abzuwerfen, bin ich bereit in den Wirtschaftsrat einzutreten und mitzuarbeiten. Zwar bin ich für konstruktive Arbeit, aber eine solche kann unter größeren Kapitalien geleistet werden. — Letztere wären nur durch Heranziehung von Finanzleuten aufzubringen. Ich bin überzeugt, daß uns Gelder unter gewissen Bedingungen (die erfüllt werden müssen zur Verfügung gestellt werden. Vor allen Dingen muß ein Teil der Administration des Waad Hazirim in den Wirtschaftsrat übergehen.

Was den Streit zwischen der zionistischen Leitung und der amerikanischen Führung anbetrifft, so stehe ich weder auf der einen Seite noch auf der anderen. Die amerikanische Kritik ist gewissermaßen berechtigt, aber ich halte auch den guten Willen Dr. Weizmanns für sehr wichtig. In der Zionistischen Organisation ist noch viel gut zu machen, es muß aber mit beiderseitigem Einverständnis geschehen, da wir nur mit vereinten Kräften unser Ziel erreichen können".

Aus der Chronik der jüdischen Gasse.

Im „Nowoj" dem Organ der tschechischen Juden beschäftigt sich Dr. Kamil Kleiner mit dem „Keren Haiessod", über den der Kongreß der tschechischen Juden am Kongreß vom 21. und 22. Mai verhandeln soll. Dr. Kleiner schlägt den Zionisten vor, sie mögen sich mehr mit palästinensischer denn mit innerer Politik der Tschechoslowakei beschäftigen; will aber nicht haben, daß der „Keren Haiessod" boykottiert werde, weil Zionisten für ihn werben.

Der „Antisemitistenbund" in Wien legt einen Judenkataster an. Jeder arische Wiener soll auf einen vorgedruckten Bogen die mitwohnenden Juden seines Hauses verzeichnen und zwar nach Namen, Berufen geordnet, ob wegen Wucher oder Valutaschwindel vorbestraft, ob Krieg mitgemacht, an der Front, verwundet oder ausgezeichnet.

Der ehemalige Kommandant der italienischen Mission in Wien General Segre wurde in Italien verhaftet.

Der jüdische Politiker in Litauen Herr Rosenbaum wurde zum litauischen Gesandten für Washington ernannt.

In Kroatien macht sich eine antisemitische Propaganda bemerkbar, die von Agram ausgeht aber von den Behörden bekämpft wird.

Die bulgarische Regierung hat eine einjährige Arbeitspflicht für Männer und Frauen eingeführt, befreit davon sind Rabbiner die Vorsitzenden der Gemeinden und Erziehungsanstalten. Den übrigen Juden ist es gestattet, Sabbath- und Feiertagsruhe zu halten.

Der Großrabbiner von Saloniki hat die jüdischen Direktoren der Großbanken ersucht ihren jüdischen Angestellten am Sabbat und Feiertagen arbeitsruhe zu gewähren, was sie zu tun versprachen.

Die jüdische Zeitung „Vorwärts" meldet, daß im Laufe des Monat März 13.000 jüdische Emigranten in New-York gelandet sind.

Im „Der jüdische Arbeiter" vom 14. Mai bespricht Ch. J. Sommerstein die Stellungnahme der Wiener jüd. Arbeiterpartei Poale-Zion zum Zionistenkongreß. Er führt 3 Richtungen, die sich bis jetzt herausgebildet haben an 1. Der Zionistenkongreß bildet bei der unnormalen Lage des jüd. Volkes einen Ersatz für ein Parlament und daher ist die Anteilnahme gerechtfertigt. 2. Wir dürfen nicht zulassen, daß Palästina ohne unsere Mitwirkung aufgebaut wird. Wir müssen nur unsere Vertretung auf dem Zionistenkongreß vergrößern und dadurch einen größeren Einfluß auf seine Beschlüsse ausüben. 3. Der Kongreß gibt uns Gelegenheit, zu den arbeitenden Massen des jüdischen Volkes von einer Welttribüne zu sprechen und ihnen zuzeigen, daß nicht die bürgerlichen Zionisten, sondern nur die sozialistischen Parteien ihre Interessen zu vertreten gewillt sind." Somit sind eigentlich alle 3 Richtungen für ein Zusammenarbeiten mit der zionistischen Weltorganisation (Anm. der Red.)

Dr. Dezsö Friedmann, Vizepräsident der israel. Kultusgemeinde in Wien, hat seine Stelle niedergelegt, weil die Majorität des Wahlreformausschusses abgelehnt hat, über die Wahlreform auch nur in absehbarer Zeit zu verhandeln; er empfinde es als eine Brüskierung der zionistischen Partei und er finde sich auch in seiner Annahme bestärkt, daß die Majorität des Kultusvorstandes nicht die Absicht habe, das von ihr selbst einbekannte Wahlunrecht, welches allen Grundsätzen der Demokratie und des Judentums Hohn spricht, zu beseitigen. (Der Präsident der Wiener israel. Kultusgemeinde kann in dieser Hinsicht seinen würdigen Kollegen Dr. Koscherak in Prag und Dr. Brunner in Brünn die Hand reichen.)

Dr. Egon Michael Zweig ist in Vertretung des Hauptbureaus des JNF. im Haag in Wien eingetroffen, um an der Reichskonferenz des JNF. in Wien teilzunehmen.

Die „Times" ist der Ansicht, daß bei den letzten palästinensischen Unruhen fremder Einfluß mitgewirkt habe. Von den Arabern sei es nicht klug, nicht einsehen zu wollen, welche finanziellen Vorteile ihnen aus der Zusammenarbeit den Zionisten erwüchsen.

Der Szegediner Oberrabbiner Dr. Immanuel Löw wurde vom Szegediner Gerichtshof des Verbrechens des Hochverrates freigesprochen und seine sofortige Entlassung angeordnet. Dagegen wird er wegen des Vergehens der Beleidigung des Reichsverwesers unter Anklage gestellt.

In Wien kam es im Cafe „Landtmann" am Franzensring zu Prügeleien zwischen dem Publikum und eingedrungenen deutschnationalen arischen betrunkenen Studenten.

Vom 24. bis 26. Mai tagt, wie wir bereits in der letzten Nummer gemeldet haben, der Zentralrat der jüdischen Welthilfskonferenz. Es erschienen der Vorsitzende der Exekutive Leo Motzkin (Paris), Minister für jüdische Angelegenheiten in Litauen Dr. Soloweitschik (Kowno), Dr. Klumel, Abgeo.d. Farbstein und Burgin (Warschau). Dr. Rosmarin (Lemberg), Oberrabiner Dr. Chajes (Wien), Rabbiner Dr. Nemierower (Bukarest), Vizepräs. des „Ori Brampon, Dr. Elios Glösberg (Petersburg), Ing. Wladimir Temkin (Kiew), Generalsekretär Efrozin (Paris) Prof. Simonson (Skandinav. Hilfskomitee), Doktor Bernharnd Kahn (Hilfsverein deutscher Juden), Dr. Markus Krämer (Czernowitz) Unita Müller (Wien), Dr. Ehrenpreis (Stockholm), Salzmann (Kanada), Abg. Dr. Hellmann (Riga), Jochelmann (London) Dr. Rachmilewicz (Kowno.)

Der Schriftführer der zionistischen Organisation in Madrid und Redakteur des zion. Blattes „Ben Jakob" Mortega ist Katholik und Nachkomme einer jüdischen Marannenfamilie.

Beim Besuch Ottawas hat die Kanadische Regierung Weizmann einen offiziellen Empfang berichtet, bei welcher Gelegenheit der kanadische Ministerpräsident Weizmann als den „Premierminister des jüd. Volkes" begrüßte.

Der jüdische Publizist Jakob Krauß gibt im Verein mit Alfred Müller unter dem Titel „Martyrium" ein Jahrbuch heraus, das sich als eine Dokumentensammlung über das Martyrium der Juden in den Pogromländern Ungarn, Polen und Ukraine während der letzten Jahre repräsentiert.

Prof. Aszkenasy der polnische Vertreter beim Völkerbund, wurde vom akademischen Senat der Warschauer Universität für nicht würdig befunden, eine Professur zu bekleiden, wie wohl er ein Gelehrter allerersten Ranges ist. Die Ablehnung des Warschauer Akademischen Senates hatte die Folgen, daß Prof. Petraszycki, einer der hervorragendsten Gelehrten dieser Universität, sein Amt als Professor niederlegte mit der Begründung, daß das Vorgehen des Senats aus chauvinistischen und antisemitischen Motiven erfolgt und er es daher mit der akademischen geistigen Freiheit für unvereinbar halte, weiter an der Warschauer Universität zu wirken. Das war vor einem Jahre. Der akademische Senat versprach, den Vorschlag, Aszkenasy zu ernennen, überprüfen zu wollen, worauf Petraszycki die Vorlesungen wieder aufnahm, da aber der Senat neuerlich die Professur Aszkenazys verwarf, trat Petraszycki zurück, auf keinen Fall mehr an der Universität verbleiben zu wollen. Die Studentenschaft will es jedoch nicht dulden, und es ist interessant, zu erfahren, was der Senat nun tun wird.

In Warschau ist ein Streit der Angestellten der jüdischen Kultusgemeinde ausgebrochen, die Gehaltsaufbesserung verlangen.

Die weißrussische Presseagentur berichtet, daß es weißruthenischen Terroristen gelang, am 15. Mai für einige Stunden Minsk zu besetzen, und 16 Kommunisten zu hängen, darunter auch die jüdische Kommunistin Esther Frumkin.

Der Präsident des Joint Distributions-Committee Felix Warburg weilte in Wien, um die Jointzweigstelle zu liquidieren.

Die „Schiffschul" in Wien hat die Forderung, daß ihrem Rabbinate eine von der Kultusgemeinde und vom Staate anerkannte autoritative Sonderstellung eingeräumt werde.

Die in Kassel stattgefundene Führertagung des neutralen Jugendbundes beschloß die Beteiligung an der Sammlung für den Aufbau Palästinas.

Israel Zangwill hat die Einladung der ungarischen Friedensgesellschaft, an ihrem 25 ährigen Jubiläum teilzunehmen, abgelehnt, wegen des Krieges gegen die Juden, der in Ungarn herrscht.

Am 19. Juni findet im Amerika der 8. alljährliche Blumentag zu Gunsten des jüd. Nationalfonds statt.

Erez Israel.

Politisches.

Bericht eines Augenzeugen.

Gegen die Ausschreibungen in Jaffa veranstaltete die Prager zionistische Ortsgruppe eine Protestversammlung bei der St... Emil Arnstein aus Dobris referierte. Vor acht Wochen hatte er sich nach Palästina begeben, um dort, wie er sagte, die zukünftige Heimat der Juden in Augenschein zu nehmen. Er erzählte von der ungeheueren Arbeitsfreudigkeit, mit dem die dort eingewanderte jüdische Jugend das Land bebaue und fruchtbar mache. Er schilderte die ausgezeichnete Organisation, die musterhafte Ordnung und das vortreffliche Schulwesen, das sich mit dem unsrigen ruhig messen könne. Nur ein kleines Häuflein jüdischer Kommunisten sei dort, aber es gebe dort nichts zu kommunisieren. Sodann kam er auf die Ereignisse in Jaffa selbst zu sprechen. Unter 45.000 Einwohnern in der Stadt leben etwa 15.000 Juden. Bis zum 1. Mai lebten die Juden dort mit den Arabern im besten Einvernehmen. An diesem Tage fanden dort zwei Umzüge statt, der eines kleinen bolschewistischen Häufleins und der der Sozialdemokraten, die gleichfalls nicht sehr zahlreich waren. Den Umzug der ersteren bezeichnete man als die Ursache davon, daß ein Haufen Araber unvermittelt die jüdischen Siedlungen überfiel und plünderte. Die Ueberfallenen setzten sich zur Wehr. Von allen Seiten kamen ihnen Glaubensgenossen zur Hilfe, aber sie konnten nichts ausrichten, da die Araber bewaffnet waren und auch die arabischen Polizisten auf die Juden schossen. Dreißig junge Leute mußten auf Seite der Juden in diesem Kampfe ihr Leben lassen. Erst nach geraumer Zeit kam indisches Militär, das den Unruhen ein Ende bereitete. Diese wiederholten sich jedoch am folgenden Tage. Seit dieser Zeit herrscht wieder Ruhe. Der Redner erklärt es als ausgemacht, daß sie sichtlich vorbereitet und durch die Ursache des Ueberfalles bildeten, denn dieser war sichtlich sächlich vorbereitet und durch die Aufhetzung gewissenloser Elemente hervorgerufen.

Wirtschaftliches.

Das erste Seebad Vorderasiens.

Die Stadtverwaltung der jüdischen Stadt Tel Awiw bei Jaffa hat von der palästinensischen Regierung eine Konzession zur Errichtung von Seebädern an der Küste erworben. Es wird das erste moderne Seebad Vorderasiens werden. Ein großes Kapital soll in dem Unternehmen investiert werden, das sich zu einem Mittelpunkt des Badelebens ausbilden dürfte. (Jiko)

Die Pläne der „American Palestine Company.

Ueber die Pläne der American Palestine-Company in New York, welche ein Kapital von 5 Millionen Dollars besitzt und welche die industrielle Entwicklung Palästinas erstrebt, wird Näheres bekannt. Nach den Plänen ihres Direktors Dr. Benderly wird die Gesellschaft u. a. eine Bank gründen, welche das jüdische Handelsleben Palästinas fördern soll. Sie wird ferner in jeder Weise die Ein- und Ausfuhr unterstützen. Eine technische Abteilung wird die Instandsetzung von Maschinen und die Lieferung von Ersatzteilen übernehmen und zu diesem Zweck Lagerhäuser, Verkaufsstellen und Reparaturwerkstätten einrichten. Ferner wird die Gesellschaft Auskünfte über das Geschäftsleben Palästinas erteilen. (Jiko.)

Rechtsanwalt-Prüfungen in Jerusalem.

Am 13. Juni werden, nach Mitteilung des „Haarez" (Jerusalem) die Prüfungen für Rechtsanwälte stattfinden, die zu den palästinensischen Gerichten zugelassen werden sollen. Als Kandidaten kommen nur Personen in Betracht, die das Abgangszeugnis eines staatlich anerkannten juristischen Institutes besitzen, bezw. die Rechtsschule in Konstantinopel mindestens zwei Jahre lang besucht haben. Die Prüfungsgebühr beträgt 2 äg. Pfund, das Gesuch muß spätestens am 1. Juni im Justizdepartement von Jerusalem vorliegen. Die Kandidaten werden in folgenden Fächern geprüft: Schariathrecht (für Anwärter auf den Posten eines moslemischen Richters), Zivilprozeßordnung, Zivilrecht, Immobilienrecht, Strafrecht, Strafprozeßordnung, Vollziehungsrecht, Notariatsrecht, Handelsrecht. (Jiko.)

Namenänderung einer Kolonie.

J. P. Z. Anläßlich des Besuches Samuels in der Kolonie Melhamie (Milchama = Krieg) wurde beschlossen, den Namen dieser Kolonie in Menhamie (Menachem), nach dem Vater des Oberkommissärs zu ändern. Samuel erklärte, daß sein Bruder Stuart bei seinem demnächstigen Besuche in Palästina aus Pietät für seinen Vater diese Kolonie vor allen anderen besuchen werde.

Von den Waisenkindern.

J. P. Z. Die Zahl der jüdischen Waisen in Palästina und Syrien, die vermittelst der amerikanischen Hilfe ausgehalten werden, beträgt jetzt 3460. Der Jischub selbst ist absolut nicht imstande, sich am Erhalt dieser Waisen zu beteiligen. Das Wenige, was von den palästinensischen Juden beigesteuert wird, übersteigt deren Kräfte, weshalb die ganze Arbeit für die Erhaltung dieser Waisen in Palästina vom Joint geleitet werden muß. Beim eingeschränkten Budget des Joint fällt es nicht leicht, aller Not zu steuern. In seinem letzten Bericht an die Zentrale berichtet Dr. de Sola Pool: Wir kennen die Lage der Waisen der ganzen Welt und verlangen für die palästinensischen Waisen nicht mehr als das bloße Minimum für Weiterführung der Arbeit. Wir wissen, daß jeder übrige Dollar für uns einen verlorenen Dollar für die osteuropäischen Waisen bedeutet. Der Bericht Dr. Pools enthält statistische Tabellen mit Ziffern über die Lage der Waisen in den verschiedenen Teilen Palästinas. Außer den Ganz- und Halbwaisen gibt es auch 315 Kinder, die, wenngleich sie Eltern haben, doch als Waisen zu betrachten sind, da die Eltern entweder Invaliden sind, oder sich in Irrenhäusern befinden, resp. verschollen sind. Von diesen Waisen befinden sich 2147 Zöglinge in Jerusalem, 567 unter ihnen sind Vollwaisen. In Saffed gibt es 328, in Tiberias 231, in Jaffa 205, in Haifa 101 und in Hebron 14 Waisenkinder. Die Kolonien in Judäa sorgen für 81 und die Kolonien in Galiläa für 36 Waisen. Insgesamt gibt es in Palästina 3251 und Syrien 209 Waisenkinder.

Kulturelles.

Konferenz hebr. Schriftsteller.

J. P. Z. Während der Ostertage fand in Jaffa eine Konferenz von 76 hebräischen Schriftstellern statt. Zum Ehrenpräsidenten wurde Sokolow gewählt. Es wurde u. a. beschlossen, in Palästina eine Verlagsbuchhandlung zu gründen. In einer Resolution wurde dem Bedauern über die Differenzen zwischen den europäischen und amerikanischen zionistischen Führern Ausdruck verliehen. Eine weitere Resolution fordert die Zionistische Organisation auf, die hebräische Literatur als wichtigen Teil der zionistischen Arbeit zu fördern und zu unterstützen. Telegraphische Begrüßungen wurden gesandt an Achad Haam, Stybel, Dubnow, Bialik und Tschernichowski.

Die Besiedlung.

Hermann Struck

J. P. Z. — Hermann Struck gedenkt nach mehr als einmonatlichem Aufenthalt in Palä

stina nach Deutschland zurückzukehren. Für den Herbst will er dauernd nach Palästina übersiedeln und sich in Haifa niederlassen.

Eukalyptusbäume.

J. P. Z. — Die Bewohner von Nachlath Jehudah haben Versuche mit Pflanzungen von Eukalyptusbäumen zu den Sanddünen gemacht, die günstige Resultate gezeigt haben.

In den Kwuzoth.

Die drei Dagania-Gruppen in Untergaliläa haben einen kleinen Wald gepflanzt, der sich von Dagania Aleph bis Dagania-Gimmel erstreckt. Der Wald enthält 500 Oelbäume und trägt den Namen „Tel-Chai-Wald".

Einwanderung jüdischer Arbeiter aus Saloniki.

Der Oberrabbiner von Saloniki, Benzion Uziel, teilte dem Waad Hazirim mit, daß in Saloniki eine große Bewegung unter den jüdischen Arbeitern für die Auswanderung nach Palästina besteht, und bat den Waad Hazirim, diese Bewegung zu fördern.

Die jüdische Bevölkerung von Gazah.

In Gazah lebten vor dem Kriege 180 Juden, die während des Krieges die Stadt verließen. 50 Juden sind nunmehr zurückgekehrt, und ihre Zahl steigt ständig. Ein jüdisches Schulhaus wurde errichtet. Die Regierung bewilligte 5000 äg. Pfund, um die Straße von Gaza nach dem Meere zu verbessern.

Aus den Gemeinden

Israelitische Kultusgemeinde M.-Ostrau

Antrag

des Präsidenten auf Aenderung beziehungsweise Ergänzung des neuen Statuts.

Die letzthin in der Gemeinde nach der neuen Wahlordnung durchgeführte Wahl zeigte, daß die Wahlordnung, die in der Hauptsache den Vorschriften der Wahlordnung für die politischen Gemeinden entspricht, ganz bedeutende Mängel in sich birgt, die zu beheben geradezu als Pflicht angesehen werden muß.

Diese baldigst zu veranlassen, halte ich mit Rücksicht auf die Frische der gewonnenen Eindrücke für geboten und lege ich deshalb den Entwurf, der meiner Ansicht nach notwendigen Aenderungen zur Beratung und Beschlußfassung deshalb sofort vor, weil ich der Ueberzeugung bin, daß die neue Gemeindevertretung den unbefangenen Blick besitzen wird, nicht nur die Mängel der neuen Wahlordnung zu erkennen, sondern auch die geeigneten Bestimmungen zu treffen, um ihnen abzuhelfen.

Zur Begründung meiner Abänderungsanträge sollen nachstehende Ausführungen dienen:

Die neue Wahlordnung beruht auf dem System der sogenannten gebundenen Listen. Dieses System, nach welchem der Wähler nur nach einer von einer bestimmten Personengruppe, die sich als Partei bezeichnet, vorgeschlagenen Liste wählen muß, von der er nicht abweichen darf, selbst wenn ihm von den vorgeschlagenen Kandidaten einzelne nicht entsprechen, hat eine der größten Härten, die überhaupt geboten werden kann. Es ist nämlich den Wähler vor den Gewissenszwang, ihm bekannte und genehme Kandidaten entweder nicht wählen zu können, wenn er die ihm nicht genehmen fallen lassen will, oder er muß, um die ihm passenden Kandidaten zu wählen, einen oder mehrere ihm nicht zusagende mit in den Kauf nehmen. Bei der Natur der größten Anzahl von Menschen, bei welchen leider das Gefühl des Hasses das der Liebe überwiegt, ist es leicht erklärlich, daß eine ganze Liste seitens vieler Wähler verworfen wird, weil irgend ein Name, der auf der ihm sonst genehmen Kandidatenliste vorkommt, ihn nicht entspricht, wobei häufig gar nicht sachliche, sondern nur rein persönliche Motive mitspielen. Unter solchen Umständen kann selbstverständlich das Wahlresultat nicht als der wahre Ausdruck des Willens der Wählerschaft angesehen werden.

Ueberdies bringt die Aufstellung der Reihenfolge der Kandidaten, die ja ebenfalls gebunden ist, sehr häufig äußerst schwierige Momente für diejenigen, welche die Verantwortung für die Verfassung der Liste zu tragen haben, mit sich. Hier spielen insbesonders bei größeren Listen, mitunter persönliche Empfindlichkeiten der Kandidaten eine nicht unbedeutende Rolle, die zu Unstimmigkeiten Anlaß geben, deren Tragweite für den Ausgang der Wahl gar nicht eingeschätzt werden kann.

Diese Nachteile der gebundenen Listen werden auch erfahrungsgemäß nicht nur von den Wählerschaften, sondern auch von den Parteiführern auf das peinlichste empfunden und bin ich überzeugt, daß, wenn die Wählerschaft gefragt werden würde, ihre übergroße Mehrheit dem System der gebundenen Listen ihre Zustimmung ganz und gar versagen würde.

Dem gegenüber gewährt das System der freien Listen, das in mehreren Schweizer Kantonen und Gemeinden besteht, den einzelnen Wählern eine verhältnismäßig große Selbstständigkeit in der Auswahl der Kandidaten und auch am meisten eine gerechte Verteilung der Sitze unter die einzelnen Parteien, weshalb auch dieses System von den Anhängern des Proportionalwahlrechtes als das beste der bestehenden bezeichnet wird.

Nach diesem System kann der Wähler entweder für eine vorgeschlagene Liste, so wie sie ist stimmen, oder von einer Liste einzelne Namen die ihm nicht zusagen, streichen. Der Umstand nun, daß bei diesem Listensysteme die Möglichkeit vorhanden ist, daß es einzelnen Wählern freisteht, auch solche Namen zu streichen, die als die hervorragenden Führer der Partei angesehen werden, hat in der Praxis die Folge gezeitigt, daß einzelne Personen einer Partei hiezu delegiert wurden, wohl die gegnerische Liste zu wählen, aber hiebei die Namen der hervorragendsten Führer zu streichen, so daß diese dann beim Skrutinium weniger Stimmen erhielten, als die anderen Kandidaten dieser Partei und einfach durchfielen, nachdem durch die für die Partei minder wichtigen Kandidaten die auf die Liste entfallende Zahl der Gewählten absorbiert worden war. Dieses Manöver wurde z. B. bei einer Wahl im Kanton Neuchatel in der Schweiz durchgeführt und hat dadurch dort, wo dies bekannt wurde, dieses an und für sich ganz ausgezeichnete System in Mißkredit gebracht.

Es handelt sich nun nur darum, diesen Nachteil des Systems der freien Listen zu beheben, um es als das einzig Richtige in die allgemeine Praxis einzuführen.

Ein solches Mittel bietet nun eine von Dr. Josef Reisz angeregte, originelle und höchst zweckmäßige Methode, die darin besteht, daß den Wählern einer wie bisher gebundenen Liste das uneingeschränkte Recht zugestanden wird, jedem ihm nicht zusagenden Kandidaten zu streichen, wobei jedoch die Streichung nur dann eine Wirkung haben soll, wenn sie von einem entsprechend hohen Perzentsatz der Wähler vorgenommen wird. Es handelt sich in diesem Falle nur darum festzustellen, wie oft ein Kandidat gestrichen sein muß, um ihn aus der eingereihten Reihenfolge der Kandidaten auszuscheiden. Hiebei ist nun vorzusehen, daß diese Zahl eine so hohe sein muß, daß es einer Partei nicht opportun erscheinen darf, ihre Parteigänger von der Wahl der eigenen Liste abzuhalten, um solche Streichungen in einer Gegenliste vornehmen zu können ohne ihre eigene Liste in Gefahr zu bringen bezw. die auf ihre Liste zu erwartende Kandidatenzahl zu beeinträchtigen. Wenn dies erzielt wird, dann ist mit vollem Recht anzunehmen, daß, wenn Streichungen vorgenommen werden, dies der Willensausdruck der eigenen Parteigenossen ist, dem eine Berücksichtigung nicht versagt werden darf. Die Höhe dieser Zahl ist nun keine Axiom ihre Festsetzung vielmehr Gefühlssache und scheint es mir, daß sie mit einem Drittel der Listenstimmen genügend hoch fixiert ist, so daß ein Kandidat, der nicht zwei Drittel der Listenstimmen auf sich vereinigt, aus der eingereihten Rangsordnung ausscheidet und an dem zuletzt angeführten Kandidaten angereiht werde, wobei mehreren, ausscheidenden Kandidaten die Höhe der auf sie entfallenen Stimmen für die Rangsordnung entscheidet.

Dieses System hat jedenfalls den großen Vorzug, daß alle Kandidaten ohne Ausnahme der Zensur der Wählerschaft der eigenen Partei unterliegt, ohne daß eine Gegenpartei mit Aussicht auf Erfolg deren Willensausdruck durch Wahlmanöver zu fälschen im Stande wäre, was ja das erstrebenswerte Ziel dieser Wahlmethode sein soll.

Andere neue Namen in die Liste aufzunehmen ist dem Wähler allerdings nicht gestattet. Dies ist auch vollkommen untunlich, da dies mit dem Grundsatze des Listenwahlrechtes insoferne im Widerspruche stünde, als erstens nur rechtzeitig angemeldete Kandidaturen zugelassen werden dürfen, zweitens nur solche Kandidaten berücksichtigt werden sollen, die von einer bestimmten Anzahl von Wählern, bei uns 50 rechtzeitig vorgeschlagen und den Wählern bekannt gegeben werden und schließlich, weil einem Wähler nicht das Recht zugestanden werden darf, in eine Parteiliste Namen einzuschmuggeln, deren Träger gar nicht der Partei angehören, für welche diese Liste aufgestellt wurde, abgesehen davon, daß eine Zustimmungserklärung zur Annahme der Kandidatur auf dieser Liste nicht vorliegt.

Es liegt auch nicht einmal eine Beschränkung der Wahlfreiheit in diesem Verbote, da es jedem Wähler freisteht, für eine ihm genehm erscheinende Person 50 Namen zusammenzufinden und sie auf Grund einer eigenen Liste rechtzeitig zu kandidieren. Ist er dies zu tun außer Stande, dann hat die Einstellung eines neuen Namens in eine bereits bestehende Liste gar keinen praktischen Zweck und dient höchstens dazu, das Skrutinium zu komplizieren.

Die hie und da noch gegen die freien Listen erhobene Einwendung, daß ein Kandidat einer siegreichen Liste unter Umständen mit einer geringeren Zahl von Stimmen gewählt werden kann, als ein nicht gewählter Kandidat auf einer anderen Liste erhalten hat, ist vollkommen belanglos, denn die Wähler einer Liste haben hauptsächlichst ein Interesse daran, daß ihre Liste mit einer möglichst großen Mandatszahl bedacht wird und nur behufs Auswahl ihrer Mandatträger wird die Streichung vorgenommen, keineswegs aber zu dem Zwecke, um einen Kandidaten einer anderen Liste zum Siege zu verhelfen.

Die nachfolgenden Bestimmungen des § 116 letzter Absatz, zeigen deutlich die Methode und bedürfen keiner weiteren Erklärung. (Vorzuschlagende.)

Bei dieser Gelegenheit sollen auch einzelne Redaktionsfehler der neuen Wahlordnung behoben und der Auftrag der Statthalterei auf Ergänzung des neuen Statutes in Bezug auf die Pensionsbehandlung der Angestellten berücksichtigt werden.

Diesbezüglich sei bemerkt:

1. daß im § 92 die Worte: „in zweifacher Ausfertigung" zu entfallen haben, da dies in unserer Wahlordnung keinen Sinn hat und diese Formulierung nur aus der politischen Gemeindeordnung hinübergenommen wurde, in welcher diese Vorschrift darin begründet ist, daß die zweite Ausfertigung der politischen Behörde, welche die Oberleitung der Wahlverfahren besorgt, vorzulegen ist.

2. daß es im § 97 nach dem Wortlaute der politischen Gemeindeordnung heißt: „in jenen Gemeinden" während es bei uns, da es sich nur um unsere Gemeinde handelt, heißen soll: „in jenen Fällen."

3. daß nach § 11 des neuen Statutes die aus der allgemeinen Wahl hervorgegangenen Ersatzmänner nur dann einzutreten haben, wenn ein Kultusrat strafweise sein Mandat verliert, während in sonstigen Fällen der Erledigung des Kulturratsmandates, nicht diese Ersatzmänner einzutreten haben, vielmehr nach § 137 neue von den Parteien zu wählen sind, was aber dann Schwierigkeiten bereitet, wenn die Liste im Ganzen höchstens nur 3 Namen enthielt und ein Mandat erledigt wird, so daß auch für diesen Fall Vorsorge zu treffen ist.

4. daß insofern ein Widerspruch vorhanden ist, als nach § 11 nur eine Geldstrafe von 50 Kronen wegen Verweigerung der Ausübung des Mandates gegen einen Kultusrat verhängt und dieser erst nach dreimaliger Wiederholung des Mandates verlustig erklärt werden kann, während nach § 77 eine Geldstrafe von 300 Kronen verhängt werden kann, wenn die Zustimmung zur Verzichtleistung seitens des Kultusrates nicht erfolgt und das Mandat trotzdem vom Kultusrate nicht ausgeübt wird. Es sind eben die Worte: „und die Mitglieder des Kultusrates" im § 77 zu streichen und hat diese Bestimmung nur auf den Präsidenten und den Vizepräsidenten Anwendung zu finden, während die Kultusratsmitglieder nach § 11 zu behandeln sind.

5. daß die Statthalterei die Aufnahme des Beschlusses des Kultusausschusses vom 17. Juni 1920, Zahl 1038 betreffend die Pensionsbehandlung der Angestellten der Gemeinde in die Statuten verlangt.

Schließlich soll noch ein Interpretationsirrtum, der sich anläßlich der letzten Wahl eingeschlichen hat, durch eine klare Textierung der betreffenden Bestimmung behoben werden.

Anläßlich der letzten Wahl hat nämlich die Wahlkommission beschlossen, daß auch solche Wähler zur Wahl zugelassen werden sollen, die nicht im Besitze aller Stimmzettel sind. Dies hatte zur Folge, daß bei der Wahlagitation vielen Wählern jene Stimmzettel abgenommen wurden, die die gegnerischen Kandidatenlisten enthielten und der Wähler daher gar nicht die Möglichkeit hatte, seiner freien Ueberzeugung nach zu wählen, weil er nicht im Besitze aller amtlichen Stimmzettel war. Eine solche Wahl ist dann auch keine geheime mehr, weil die Agitatoren dann genau wissen, welche Liste der von ihnen seiner Stimmzettel entblößte Wähler wählen muß.

Die Vorschrift, daß der Wähler sich in einem abgeschiedenen Raum zu begeben hat, hat bei der so praktizierten Methode gar keinen Sinn, da es ja dann viel einfacher gewesen wäre zu bestimmen, daß dem Wähler die amtlichen Wahlkuverts gleichzeitig mit dem Stimmzettel zuzusenden sind und dieser einfach nur dieses Kuvert mit dem hineingegebenen Stimmzettel dem Vorsitzenden behufs Einwurfes in das Wahlgefäß zu übergeben hat. Da nun aber die derzeitigen Vorschriften, die umständliche Vorgangsweise gewählt haben und da auch bei den Nationalratswahlen der Vorgang eingehalten wird, daß der Wähler bei der Wahl im Besitze aller Stimmzettel sein muß, so muß zwingend angenommen werden, daß auch bei unseren Wahlen dieser Vorgang einzuhalten ist, da ja in der Tat nur auf diese Weise eine geheime und freie Wahl gewährleistet ist.

Es wird daher auch der Vorschlag unterbreitet, den § 105 Absatz 3 dementsprechend genauer zu fassen, bei welcher Gelegenheit auch eine Vereinfachung des Wahlvorbereitungsverfahrens im § 96 vorgesehen wurde, da es dann nicht notwendig erscheint, alle Kandidatenlisten auf besondere Blätter zu drucken, diese Listen vielmehr auf einem Blatte und Bogen bekannt gegeben werden können, weil die Wähler diese Stimmzettel im Wahllokale erhalten. Außerdem wurde vorgesehen, daß den Wählern die Verhaltungsmaßregeln bei der Wahl genau bekanntgegeben werden, da es sich ergab, daß viele Wähler sich über den Wahlvorgang nicht klar waren.

Mähr.-Ostrau.

Die Leitung der Jüdischen Fachschule für mech.-techn. Gewerbe in Mähr.-Ostrau versendet nachstehenden

Aufruf

Mit Ende des laufenden Schuljahres entläßt die jüdische Fachschule für mech.-techn. Gewerbe in Mähr.-Ostrau ihre ersten Absolventen und es tritt nun an uns die Aufgabe heran, diesen jungen Leuten die Möglichkeit zu schaffen, in dem von ihnen gewählten Berufe ein Unterkommen zu finden. Es muß verhütet werden, daß ein Absolvent — in Ermanglung eines entsprechenden Postens — sich einem anderen Erwerbszweige zuwendet, anstatt durch intensive, praktische Arbeit in seinem Berufe jene manuelle Fertigkeit anzustreben, welche die Schule, mit Rücksicht auf die Mannigfaltigkeit der Ausbildung und die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit zu vermitteln nicht in der Lage sein kann. Je später ein Absolvent in die Praxis eintritt, desto schwerer wird es ihm fallen, sich einzuarbeiten, und hat er inzwischen — notgedrungen — einen anderen Erwerb ergriffen, so wird er meistens für das Handwerk verloren sein.

Die Anzahl der Schüler, die für die Stellenversorgung in Betracht kommt, ist nicht so groß, daß es nicht möglich sein sollte, alle unterzubringen, um so mehr als bei einigen Absolventen die Höhe der Anfangsentlohnung von untergeordneter Bedeutung ist.

Von rund 40 Schülern, welche heuer die Anstalt verlassen, sind 9 bereits mit Posten versorgt, während 6 weitere noch die Absicht haben, ein Technikum zu besuchen. Es verbleiben somit 25 Schüler, für welche Arbeitsgelegenheit geschaffen werden muß, und zwar kommen hiefür nachstehende Betriebe in Betracht: Maschinenfabriken, Schmiede-, Schlosserei-, Appretur- und Installationswerkstätten, Reparaturwerkstätten der verschiedenartigsten Industriebetriebe usw. Für 3 Schüler, die sich infolge ihrer körperlichen Konstitution für das Handwerk nicht ganz eignen, wäre eine Unterbringung in techn. Geschäften erwünscht, wo sie immerhin Gelegenheit haben würden, das Gelernte verwerten zu können.

Jeder, der es mit der Berufsumschichtung bei der jüdischen Jugend ernst Sinne dieses Aufrufes durch persönliche Industrie und zum Gewerbe benützen und hilfsbereit mittun müssen, um den Absolventen der jüdischen Fachschule bei der momentan ungünstigen Wirtschaftslage den Uebertritt ins praktische Leben zu ermöglichen.

Zuschriften sind zu richten an die Leitung der jüdischen Fachschule für mech.-techn. Gewerbe in M.-Ostrau, welche zur Erteilung näherer Auskünfte jederzeit gerne bereit ist.

Wir fordern alle Ortsgruppen auf, sich im Sinne dises Aufrufes durch persönliche Intervention bei Industriellen und Gewerbetreibenden zu verwenden und uns über den Erfolg zu berichten.

Zionistisches Zentralkomitee für die tschechoslowakische Republik.
Mähr.-Ostrau, Lukasgasse 6.

Mähr.-Ostrau.

Die regelmäßigen Vorträge im Verein Ahavath-Thora werden wieder jeden Samstag von 3 bis 4 Uhr nachm. abgehalten, und zwar trägt Herr Rabbiner Dr. Spira Schulchan-Aruch vor. Gäste willkommen

•

Die Bibliothekstunden in der jüdischen Zentralbibliothek finden nicht mehr Dienstag, sondern jeden Montag, von ½6 bis ½7 Uhr abends im Beth-Hamidrasch-Zimmer der Jüd. Volksschule statt.

•

Der Jüdische Turnverein „Makabi" in Mähr.-Ostrau veranstaltet Sonntag, den 29. Mai d. J. in der alten Schießstätte ein Frühlingsfest mit Schauturnen. An dem Turnen werden sämtliche Abteilungen des Ostrauer Vereines und Vertretungen mehrerer Makabi-Vereine des mährischen Turngaues teilnehmen. Möge es jeder als Ehrenpflicht betrachten, durch Besuch des Schauturnens den Makabi gedenken, die körperliche Kräftigung des jüdischen Volkes zu fördern. Beginn halb 3 Uhr nachm. Eintritt 5 Kronen und Abgabe.

Olmütz

Seit zwei Jahren besteht hier ein jüdisches Waisenheim, wo 12 jüdische Kriegswaisen aus Galizien und der Bukowina im Alter von 3 bis 13 Jahren Aufnahme fanden und von Frau Zimmer in aufopferndster Weise gepflegt und betreut werden.

Die Entstehung und Erhaltung dieser humanen jüdischen Institution verdanken wir

der Opferfreudigkeit der hiesigen Judenschaft ohne Unterschied der Parteirichtung. Insbesondere haben sich um dieses schöne Werk zwei edelgesinnte und echt jüdisch-fühlende Damen, Frau Adele Donath und Frau Luise Brach große Verdienste erworben.

Es ist rührend und zugleich erhebend zu sehen, mit welcher Anhänglichkeit die Kinder an diesen edlen Damen hängen und mit welch mütterlicher Hingebung dieselben für das Wohl und Gedeihen der Kriegswaisen sorgen.

Es wird aber nicht nur für das leibliche Wohl der Kinder, sondern auch für deren geistige und seelische Entfaltung Sorge getragen und dieser erzieherischen Arbeit widmet sich vorzugsweise eine gesinnungstüchtige Zionistin, Frau Staatsbahnrat Schwoner.

Die Kinder kamen aus dem Nikolsburger Lager hierher in einem Zustande der Verwahrlosung, die jeder Beschreibung spottet und nach langer unermüdlicher Pflege und gewissenhafter Fürsorge ist es gelungen die Kinder in jeder Beziehung höher zu bringen. Leider halten in der letzten Zeit die Einnahmen nicht Schritt mit den Ausgaben, die monatlich 3.500 K. betragen, und überdies besteht die Gefahr, daß der Joint, welcher alle Unterstützungsaktionen liquidiert, den monatlichen Beitrag von 1000 Kronen einstellen dürfte, wodurch der Fortbestand dieses edlen Werkes gefährdet wäre.

Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß die hiesigen und auswärtigen Juden durch reichliche Spenden an Geld, Wäsche, Schuhe und Kleidungsstücken mithelfen, dieses wertvolle und mustergültige Waisenheim nicht nur zu erhalten, sondern auch auszubauen und zu vervollkommnen, was zum Segen der Kriegswaisen gereichen und zur Ehrung des Gemeinschaftssinnes der Olmützer Judenschaft beitragen wird.

Vorab ist es Pflicht der Ostjuden, die in diesem Staate leben, das Jüdische Kriegswaisenheim mit allen Kräften zu fördern und zu unterstützen. Hn.

Kremsier.

Am Sonntag, den 15. Mai, trug der Kremsierer „Makabi“ gegen die I. b.-Mannschaft der „Hanacka Slavia“ ein Wettspiel aus, in dem er den Erfolg trotz klarer Ueberlegenheit an den Gegner abtreten mußte. Beim „Makabi“ spielte auch das hier auf Urlaub weilende Mitglied Dr. Leonz Brand, einer der Begründer des Klubs mit, und zeichnete sich durch schönes Flügelspiel aus. Der Verlauf des Spieles, das 1:0 endigte, ist ungefähr folgender: In der 4. Minute erzielt „Hanacka Slavia“, die zu Beginn das Makabi-Tor stark bedrängt, das einzige Goal; Makabi, bei dem besonders die Verteidigung glänzende Arbeit leistete, kommt in schönem Tempo langsam auf, kann jedoch ihre zahlreichen Angriffe nicht ausnützen. In der zweiten Halbzeit ist Makabi stark überlegen, doch auch jetzt kann er den Ausgleich nicht herbeiführen. — Schiedsrichter Kutel gut.

Troppau.

Sonntag, den 29. ds. findet bei „Drei Hahnen“ ein Gartenfest mit anschließendem Tanze statt, welches von den Troppauer jüdischen Vereinen zu Gunsten jüd. kultureller und humanitärer Zwecke veranstaltet wird. Beginn halb 4 Uhr. Militärkonzert, Vorführungen des jüd. Turnvereines, Kinderspiele usw. Für Belustigungen und Verpflegung ist gesorgt. Jüdische Gäste willkommen!

Brünn.

Die Direktion der jüdischen Volksschule und des Jüdischen Reformrealgymnasiums (lateinloser Unterbau) nimmt schon jetzt Vormerkungen für das nächste Schuljahr entgegen. Für Auswärtige werden Kosthäuser vermittelt. Auskünfte erteilt die Gymnasialdirektion Brünn, Tempelgasse 3.

Brünn.

Das „Brünner Montagsblatt“ nimmt in seiner letzten Nummer zu den Künstlerspielen des Herrn Havranek (früher Sansouci) Stellung; es fordert die arischen Brünner auf, diese Künstlerspiele zu boykottieren und sie lieber den zurückgebliebenen Ostjuden und ihren Verwandten zu überlassen. Diese Spiele sind ein Schandfleck des Judentums und selbstbewußte Juden werden sich von ihnen ebenso ferne fernhalten, wie sie es bis nun stets getan haben. Es ist bedauerlich, daß man für Ableger Eisenbach'scher Derbheiten und Schmutzigkeit noch immer Liebhaber findet. Wir stimmen wohl mit dem „Brünner Montagsblatt“ nicht überein, aber wenn es gegen das Aufleben der aus dem Winterschlaf erwachten „Sansouci“ auftritt, so werden wir es darin gerne unterstützen; denn sie sind eine Schmach fürs Judentum.

Offizieller Teil.

An alle Ortsgruppen und Vertrauensmänner des zionistischen Distriktskomitees für Mähren und Schlesien.

Der 12. Kongreß findet am 28. August in Karlsbad statt. Das Londoner Exekutivkomitee hat die Dauer der Schekelaktion bis zum 15. Juni verlängert. Verdoppelt und verdreifacht euere Anstrengungen, damit die Schekelzahl im heurigen Kongreßjahr wachse. Die Exekutive benötigt 1 Million Schekalim, die notwendig sind, um die wichtigsten Parteikosten zu decken. Seid dessen eingedenk, daß wir am Beginne der Aufbautätigkeit in Palästina stehen, und daß die Organisation erweitert werden muß. Die Zahl unserer Anhänger ist größer, als es durch die Schekelanzahl zum Ausdruck kommt. — Jeder Zionist soll stets einen Schekelblock mit sich tragen! Jeder organisierte Parteimann hat 3 bis 5 neue zu werben. — Zionisten, zahlet und werbet für den Schekel!

Zionistisches Distriktskomitee für Mähren und Schlesien.

Vom Zionismus

Maawirim.

Die Jüd. Paläst. Reise- und Transportgesellschaft Wien gibt ein Merkblatt für den direkten Schiffsverkehr nach Palästina mit dem Gesondertschiff „Carniolia“ heraus. Die „Carniolia“ ist ein modernes Schiff mit 5650 Tonnen Wasserverdrängung. Es ist in eine 2. A, 2. B, und 3. Klasse eingeteilt, wobei 2. A-Klasse mit Speisesaal, Rauchsalon, Damensalon verbunden ist. Abfahrt von Triest etwa jede dritte Woche. Fahrtdauer Triest–Jaffa 6 Tage. Fahrpreise in der 2. A und 2. B mit koscherer Verpflegung: 2. A 520 Goldfr. oder 20.16 engl. Pfund, 2. B 445 Goldfr. oder 17.16 engl. Pfund. Die Verpflegung der 2. Klasse besteht aus vier Mahlzeiten. Fahrpreis 3. Klasse mit Bett und koscherer Verpflegung 75 Goldfr. oder 7 Pfund. Jedem Passagier der 3. Klasse wird ein Bett, Matratze, Kopfkissen, eine leichte Decke zugewiesen. Die Verpflegung ist für 6 Tage berechnet, sollte sich die Reise verlängern, so gehen die Kosten der Verköstigung vom 7. Tage an zu Lasten der Reisenden. Am Schiffe befindet sich ein jüdischer Arzt, der unentgeltlich ärztliche Hilfe leistet.

Aufruf!

Das „Allgemeine österreichische israelitische Taubstummen-Institut“ in Wien III. Rudolfgasse 22 besteht seit 1844 und hat bereits Hunderten gehörloser Knaben und Mädchen die Lautsprache gegeben und Erwerbsfähigkeit verliehen. Hunderte von Besuchern aus allen Ländern bezeugten, daß die Erziehungs- und Unterrichtsarbeit an unseren Zöglingen stets sehr hoch bewertet und geschätzt wurde. Seit dem Kriege droht dieser ältesten jüdischen Humanitätsinstitute Wiens, das auch das älteste Taubstummeninstitut der Welt war, der Untergang. Mit Mühe und unter den größten Schwierigkeiten wird es aufrecht erhalten, um nicht den zahlreichen unglücklichen, schwer geschädigten Menschen die Stätte ihrer Zivilisierung und Bildung zu entziehen. Ohne „Allgemeines israelitisches Taubstummeninstitut“ in Wien III., Rudolfsgasse 22 sind die gehörlosen Kinder verloren und dem Verderben preisgegeben.

Wir haben jetzt infolge der großen, wirtschaftlichen Not jährliche Ausgaben von Kronen 1,400.000, wovon bloß 400.000 gedeckt sind.

Daher rufen wir alle, welche sich gesunder Kinder erfreuen, und alle, welche Herz und Sinn für Unglück und Not haben, auf uns zu helfen und mit beizutragen zur Erhaltung und Wiederaufrichtung des ersten Wiener jüdischen Taubstummen-Institutes. Der Vorstand.

Spenden für das israelitische Taubstummen-Institut wollen an die Firma Wallsberg und Krieger, Mähr.-Ostrau, Ringplatz übergeben werden.

Israel. Kultusgemeinde Lundenburg.

Konkurs.

Bei der israel. Kultusgemeinde Lundenburg gelangt die Stelle eines

Kantors

der zugleich Koreh, Schochet Ubodek ist, zur Besetzung. — In Betracht kommen nur vorzüglich qualifizierte Bewerber, welche nebst ausgezeichneten Stimmitteln über gründliche Kenntnisse der Sulzerschen Gesänge und jene musikalischen Fähigkeiten verfügen, die zur selbständigen Ausbildung und Leitung des Tempelchores mit Orgelbegleitung erforderlich sind. Dieselben müssen die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft oder die Voraussetzungen für deren Erlangung besitzen.

Bewerber wollen ihre mit Curriculum vitae versehenen Gesuche unter Angabe der Gehaltsansprüche bis spätestens 15. Juni d. J. an den Vorstand der israel. Kultusgemeinde Lundenburg gelangen lassen. — Reisespesen wreden nur dem Akzeptierten ersetzt. 1021

Lundenburg, 15. Mai 1921.

Der Kultusvorsteher:
Karl Frank.

„Allgemeiner Zeitungsverlag“ Ges. m. b. H. — Verantwortlich [illegible]